Mittwoch, 18. April 1923. **Einzelnummer 350 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 87.**

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungsboten 8000.—
am Postamt ..... 8500—
ins Ausland 12000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 200.— M. Reklameteil. 600.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M., Reklameteil 600.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Grundlagen des Minderheitenrechts.

(Schluß.)

Die Macht des Zeitgeistes und die Gefahren für die Widerspenstigen.

Nicht alle Völker und nicht alle Regierungen verstehen die absolute Notwendigkeit, diese Richtlinie der Weltgeschichte **auch für sich** als maßgebend zu betrachten. Es geschieht dies aus politischer Unreife oder infolge der politischen Einbildung der bei einzelnen Völkern maßgebenden Führerkreise. So zum Beispiel können die Artikel 54, 114 und die Einführung in die Staatsverfassung Polens keinesfalls als ein Ergebnis politischen Scharfsinns gelten, da sie einen rückschrittlichen Sinn enthalten, nämlich das alle Angehörigen der angeblich gleichberechtigten Minderheiten verletzende Hervorstreichen des Grundgedankens: cuius regio, eius gens (es sollen sich alle Bürger zum Volkstum der am Ruder sich befindenden Männer bekennen). Ebenso sind auch die Artikel 128—134 der rumänischen sowie der Art. 16 der südslavischen Konstitution absolut unmodern.

Die traditionelle Unduldsamkeit der orientalischen und halborientalischen Völker haben die Schaffung ganz besonderer internationalrechtlicher Garantien schon längst aus dem Grunde zur Notwendigkeit gemacht, damit bei diesen Völkern, die als regierende Mehrheit im Staate auf die eingebildete Souveränität, angebliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit „ihres" Vaterlandes*) es nicht zu einem vollen Abspringen von dem oben erwähnten welthistorischen Rahmen des allgemeinmenschlichen Fortschritts kommt. Der Frieden von Nystäd (1721) und Friedrichsham (1809) zwangen die Zaren zur Wahrung der Rechte der protestantischen Balten und Finnen; die Friedensverträge von Oliva (1660) und etliche Sonderverträge mit Rußland verbürgten den Protestanten und den Griechisch-Orthodoxen 1686—1793 in Altpolen internationalen Schutz. Unzählige „Kapitulationen" der europäischen Staaten mit den Sultanen, Bagdadkhanen, Mikados, Radjahs und Emiren sicherten ihren andersgläubigen Untertanen internationalen Schutz, der so weit ging, daß Europa mit gemeinsamen Kräften ganze Armeen weit über See entsandte, um den souveränen Übergriffen dieser Machthaber nach dieser Richtung hin Einhalt zu gebieten. Man entriß ganze Provinzen ihrer Willkür, ja man bestrafte die verstockten Völker sogar durch Abschaffung ihrer Freiheit. Die Geschichte der „Antiboxerexpedition" (1900) und die der Befreiung der Griechen (1821), Serben (1810), Bulgaren (1878), Polen (1915), Finnen (1920), Balten aller Arten 1919—1922) und — die Geschichte der Teilung Altpolens (1772—1795), Rußlands (1915—19??), Großösterreichs (1918) und der Türkei (1917—19??) illustriert als die uns am nächsten liegenden Beispiele zur Genüge die Macht des internationalen politischen Stromes der in der Neuzeit den Überrest der sogenannten Souveränitätslehre hinwegspült.

Der Lauf der Weltgeschichte läßt sich nicht stören.

Wenn gewisse, allzu ausgesprochen völkisch gesinnte Kreise im Staate ans Ruder kommen und gegen diesen Strom anzukämpfen versuchen, so gefährden sie bewiesenermaßen dadurch das Staatsschiff mehr als alles andere. Das Fehlen einer wirklichen Exekutive bei dem kürzlich eingerichteten internationalen Gerichtshof im Haag und bei dem Völkerbunde ist im Vergleich damit weniger wichtig, als es so manchem Laien erscheinen mag, der nicht mit diplomatisch-geschichtlichen, sondern nur mit privatrechtlichen Denkungskategorien operiert.

Neupolen sollte zur Hauptstütze des modernen Staatswesens im verjüngten Europa sich ausbauen!

Sicherlich hat der Versailler Vertrag vom 28. Juli 1920 den Polnischen Staat zu klaren Souveränitätsverzichten verpflichtet. Man wollte ein durch **unverfälschte Bürgergleichheit** innerlich fest zusammengeschweißtes Staatengebilde an der Weichsel aufbauen, und **in diesem Sinne** hat man der polnischen Demokratie gleichzeitig mit dem Minderheitenschutzvertrage der Warschauer Regierung weite Gebiete im Westen und besonders im Osten unterstellt, in denen, wie der Ausfall der Parlamentswahlen bewies, das nichtpolnische Element entweder stark vertreten ist oder aber die unbestreitbare Mehrheit ausmacht. Die Bewohner dieser Gebietsteile sollten gerade durch den Ausbau des Minderheitenrechts auf innerem gesetzgebenden Wege gewonnen werden. Es war ein großzügig angelegter Plan Wilsons und seiner Gesinnungsgenossen, unter den kleineren Völkerstämmen Zentraleuropas einen internationalen Wettlauf auf diesem Gebiete zu entfachen, da man wähnte, daß gerade die Polen, die Südslawen und die Tschechen, die aus eigener Erfahrung die Unterdrückung von seiten der sogenannten Herrenvölker unter den drei Kaisern kennen gelernt haben und die verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik vor ihren Augen haben, die berufenen Völkerstämme wären, das internationale Minderheitenrecht bei sich im Hause in rechter Weise zu pflegen. Daß dieses so und nicht anders gedacht war, beweisen die Ansprachen **Wilsons** vom 2. April 1917, vom 4. Dezember 1917 und vom 11. Januar 1918, ferner die Reden **Balfours** vom 4. September 1915 (Guildhall), **Asquiths** vom 27. September 1917 (Leeds), **Churchills** vom 11. September 1914 (London) und besonders **Lloyd Georges** vom 5. Januar 1918 (Paris).**)

Außer der Verbürgung territorialer Vorteile sollte Polen die „internationale vertragsmäßige Garantie sowohl der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der territorialen Unverletzlichkeit" erhalten, wie sie andere Nationalitätenstaaten Europas schon seit vielen Jahrzehnten besitzen. Das Emporblühen der Schweiz und Belgiens, die sich dank einer solchen internationalen Stellung die Überbürdung des Landes durch Steuerlasten für Militärzwecke ersparten, war auch dem Weichselstaate im 13. Punkt des Wilsonschen Friedensprogramms vom 8. Januar 1918 zugedacht.

Wenn es nun doch **anders** bei uns zulande gekommen ist, so ist es keinesfalls die Schuld der führenden Kreise Amerikas, Britanniens oder Italiens.

Das sorgfältige Studium der Geschichte der Kriege, die von den Staaten geführt wurden, hinterläßt keinen Zweifel, daß der Drang zur Befreiung der Stammesbrüder oder der Glaubensgenossen, die wirklich oder angeblich vom Nachbarstaate bedrückt wurden, — die blutigsten Massenmorde auf den Schlachtfeldern aller Weltteile zur Folge hatte. Wenn ganz Amerika und die Schweiz doch recht andauernde Friedensperioden verlebten, so ist dieses — der Lohn für den leidlichen Ausbau des Minderheitenrechts im Staatsleben dieser Länder.

*) Das privatrechtliche Moment wird hier fälschlich auf das Gebiet des öffentlichen Rechts übertragen.

**) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die die bedrängte Minderheit bilden, wurde noch in hundert anderen Fällen als erhabenstes Ziel des Weltkrieges dargestellt in einem Tone, der an Gustav Adolfs und Napoleons I. freiheitliche Verkündigungen von 1630 und 1799 lebendig erinnert.

„Mehr menschlich als patriotisch und mehr völkisch als staatsbürgerlich!"

Wie wir bereits betonten, ist das **Minderheitenrecht** eine unausbleibliche Begleiterscheinung der von uns heute erlebten großen Revolution, welche den Begriff der Souveränität der Staaten einer vollständigen Revision unterworfen hat zugunsten der Lehre von der **international-rechtlichen Zusammengehörigkeit aller Länder und des Selbstbestimmungsrechts aller Völkerschaften**, insofern diese Länder und diese Völkerschaften mit der normalen Entwicklung der Weltgeschichte Schritt zu halten geneigt sind und sich selber nicht aus der Gemeinschaft der modernen zivilisierten Menschheit ausgeschaltet wissen wollen.

Wir bedienen uns nachfolgend der glänzenden Ausführungen des Herrn E. Neugeboren*) über die Entstehung eines besonderen **zwischenstaatlichen Minderheitenrechts** auf dem Boden des Völkerrechts der Vorkriegszeit einerseits und der veralteten staatsrechtlichen Begriffe andererseits.

„Nationalität — einst und heute.

Es kann nicht oft und nicht klar genug hervorgehoben werden: die ehemalige „**Nationalitätenfrage**" und die völkische **Minderheitenfrage** von heute sind zwei wesentlich verschiedene Dinge. Der Weltkrieg bildet in dieser Beziehung eine scharfe Grenze. Die Nationalitätenfrage war ehedem für die Staaten, die sprachlich gemischt waren, eine peinliche Angelegenheit, die sie mit einem Teil ihrer eigenen Bürger und mit Nachbarstaaten in Streitigkeiten verwickelte. Dem Rechte nach war sie ausschließlich eine **innere** Angelegenheit; jeder Staat schuf sich selber sein Nationalitätenrecht und trieb seine Nationalitätenpolitik nach Maßgabe seiner Einsicht und seiner Macht. Die Nachbarstaaten hatten keine Rechtsgrundlage, in diese Politik hineinzureden, und sie taten es auch in der Regel nicht, sondern überließen dies volkstümlichen Strömungen in ihrer Mitte, die sie dann in zweideutigem diplomatischem Schaukelspiel offen verleugneten und heimlich unterstützten. Die heutige Minderheitenfrage dagegen ist im Begriff, **zwischenstaatliches Recht** zu werden; die Grundlage dazu ist schon gelegt.

Wie es gekommen ist, haben wir alle mitangesehen; wir sind Augenzeugen eines großen geschichtlichen Geburtsaktes geworden, dessen Bedeutung man nicht hoch genug einschätzen kann. Die drei Hauptmächte des gegen die Mittelmächte gerichteten Bündnisses, Rußland, Frankreich und England haben kein unmittelbares Interesse an der Nationalitätenfrage gehabt, man müßte denn das Streben Frankreichs nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens als solche bezeichnen wollen; die Triebfedern der Franzosen aber waren tatsächlich mehr das Verlangen nach Rückeroberung des angeblich französischen Bodens, nationale Eitelkeit und der Wunsch, die lothringischen Eisenerzlager und die elsässischen Kalifelder in Besitz zu nehmen. Rußland war selbst mit Nationalitäten überreich bedacht, die ihm aber niemand streitig machte. Bei der vierten Großmacht des Verbandes, Italien, spielte die „Irredenta", das Verlangen nach Wälschtirol neben dem Gelüste nach der Ostküste der Adria als eines der Beweggründe offen mit. Serbien, Rumänien und die Tschechen, später auch die Polen, wurden ausschließlich durch den nationalen Beweggrund zur Teilnahme an dem Krieg bzw. zu ihrer Haltung im Kriege bewogen. Es war ganz natürlich, daß sich die Westmächte der nationalen Frage bemächtigten, um sich die Unterstützung der in Betracht kommenden Staaten und Völker zu sichern. Ja, die nationale Frage wurde schließlich als das Kriegsziel des gesamten Verbandes in den Vordergrund gestellt und fand in den 14 Punkten Wilsons ihre anerkannte Formulierung. Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde dann das Prinzip, das für die Neugestaltung der europäischen Landkarte maßgebend war; bei seiner Verwirklichung wurde allerdings äußerst willkürlich vorgegangen, insofern es nur für Siegervölker zur Geltung gebracht wurde. Nichtsdestoweniger aber trieb es einen Seitenschößling, der auf dem Boden der besiegten Völker Wurzel faßte. Die siegreichen Großmächte trafen teils mit den besiegten, teils aber auch mit den verbündeten Staaten Abmachungen über die Rechte und den Schutz der Minderheitsvölker; auch wirkten sie darauf ein, daß zwischen einem ihrer Verbündeten, der Tschechoslowakei, und einem der besiegten Staaten, Deutschösterreich, ein Vertrag dieses Inhalts zustande kam.

Unter dem Gesichtspunkte, daß hier eine völkerrechtliche Neuheit vorliegt, sind diese Abmachungen nicht gleichwertig. Der tschechisch-österreichische Vertrag stellt sich als ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen zwei Staaten dar, wie er allerdings mit solchem Inhalt bisher nicht geschlossen worden ist. Die einschlägigen Abschnitte der Friedensschlüsse von St. Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres könnten wohl als einseitige Diktate angesehen werden, wie es ja der Gesamtinhalt dieser Friedensschlüsse ist, da von einer freiwilligen Zustimmung der besiegten Staaten nicht die Rede sein kann, und insofern könnte es zweifelhaft sein, ob sie geeignet seien, Quelle eines neuen Rechtsgedankens zu sein; aber wichtig und bedeutsam ist dabei doch der Umstand, daß auch in diesen Verträgen, die auf die Minderheitenrechte bezüglichen Abmachungen unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt und als in die Zuständigkeit des internationalen ständigen Gerichtshofes (Cour permanente de justice internationale) in Streitfällen gehörig erklärt, somit unter einen höheren, zwischenstaatlichen Gesichtspunkt gerückt werden. Am klarsten in ihrer Neuheit herausgearbeitet ist die Rechtsidee des Minderheitenschutzes in den beiden Verträgen, die die Großmächte am 28. Juni 1919 mit Polen und am 9. Dezember desselben Jahres mit Rumänien, also mit zwei ihnen verbündeten Siegerstaaten abgeschlossen haben. Denn hier ist volle Freiwilligkeit als Voraussetzung anzusehen, wie denn auch in der Einleitung zum Vertrage mit Rumänien gesagt wird, daß „... Rumänien aus eigenem Antrieb den Wunsch hegt, usw." In ziemlich demselben Tone klingt bekanntlich auch die von Dmowski und Paderewski an die Entente gegebene Verpflichtung des Polenstaates (nicht „Volkes", sondern der ganzen buntscheckigen Nation). Nicht ein Siegerstaat verpflichtet einen besiegten Staat auf ein bestimmtes Verhalten zu seinen, des Siegers, Gunsten, sondern an der Frage unmittelbar nicht beteiligte Staaten haben im allgemeinen großen Interesse diese Abmachungen angeregt. Hier tritt somit das internationale Gepräge der Bestimmungen über den Minderheitenschutz am schärfsten hervor. Diese Verträge sind ohne Zweifel die wichtigsten, denn Rumänien und Polen hatten ja verhältnismäßig die meisten Bürger anderer Abstammung neu erhalten. Daß dann auch Ungarn, Österreich, Bulgarien, und die Türkei in ähnlicher Weise verpflichtet wurden, obwohl sie keine neuen Bürger bekommen, sondern nur einen kleinen Teil ihrer bisherigen Minderheiten behalten hatten, ist selbstverständlich; man konnte füglich von den Besiegten in dieser Hinsicht nicht weniger verlangen als von den Verbündeten.

Konstitionalismus im zwischenstaatlichen Völkerleben.

Aber wenngleich man die angedeutete Einteilung der Verträge in drei ideell verschiedenartige Gruppen machen könnte, so erleidet es doch keinen Zweifel, daß sie einem einheitlichen Gedanken entsprungen sind. Darauf weist auch schon der äußere Umstand hin, daß die Bestimmungen in allen Verträgen fast wörtlich übereinstimmen. Vor allem aber enthalten sie alle die gleiche Formel, die ihnen ihr Gepräge gibt: „... stimmt zu, daß ... diese Abmachungen Verpflichtungen von internationalem Interesse enthalten und unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt sein werden." („... agrée, que ... ces stipulations constituent des obligations d'interet international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations." In dieser Formel ist die Geburt einer neuen Rechtsidee von weltgeschichtlicher Bedeutung vollzogen: der Idee des internationalen Minderheitenrechts, des internationalen Schutzes der völkischen Minderheiten. Die verschiedenen Verträge, die diese Formel tragen, enthalten die erste und anfängliche Kodifikation dieses Rechtes. Sie sind der Grundstein, der zu einem Gebäude gelegt ist, an dem die künftigen Jahrzehnte noch viel zu bauen haben werden.

Rechte der Völker stehen über den Rechten der Staaten!

Dabei ist immer festzuhalten, daß dies Minderheitenrecht aus derselben Wurzel herausgewachsen ist, wie jenes Recht, auf Grund dessen durch die Friedensschlüsse neue Staaten geschaffen und bestehende Staaten beträchtlich vergrößert worden sind. Diese Wurzel ist das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker. Die bewegende Ursache dieses Prinzips und sein geschichtlicher Zweck ist das Streben, eine der stärksten Veranlassungen zum Hader zwischen den Völkern und Staaten, den nationalen Haß zu mildern und allmählich aus der Welt zu schaffen. So lange die Nationen nicht die Form gefunden haben, wie sie nebeneinander und auch in ein und demselben Staatswesen in Frieden und Eintracht zusammenleben können, so lange wird Europa, insbesondere Südosteuropa stets ein Herd des Krieges sein. Jene Form wird gesucht einmal darin, daß sich nach Möglichkeit Nationalstaaten, d. i. Staaten mit der Abstammung und Sprache nach einheitlicher Bevölkerung bilden, und zweitens darin, daß dort, wo infolge der Völkermischung die Scheidung in Staaten nicht möglich und die Vereinigung verschiedener Nationen in demselben Staatswesen unvermeidlich ist, die Rechte der Minderheiten vollkommen geschützt werden.

Die vertragsmäßigen Rechte des Staates Polen und die Rechte seiner Minderheitenvölker.

Wir müssen uns vor allen Dingen darüber klar werden, wie es sich mit dem Rechtsstand der **nationalen Minderheiten in Polen** verhält und worauf er sich stützt.

Er stützt sich auf den zwischen den alliierten Hauptmächten und Polen abgeschlossenen und am 28. Juni 1919 in Versailles

*) „Kronstadter Zeitung" Nr. 247 vom 12. Oktober 1922.

Die Verhandlungen zwischen Rechts und Mitte.

Der „**Kurjer Czerwony**" kennzeichnete am Sonntag den gegenwärtigen Stand der **Verhandlungen der Rechten mit den Piasten** folgendermaßen: Der Schwerpunkt hat sich nach dem Palast des Ministerrates und dem Belvedere verschoben. Am Dienstag wird die Ankunft des Präsidenten in Warschau erwartet. Seine angekündigte Konferenz mit den Führern der Parteien der künftigen Mehrheit soll die neue Phase einleiten.

Der „**Przegląd Wieczorny**" kommt in einem Artikel, der den Verhandlungen zwischen den Piasten und der Rechten gewidmet ist, zu dem Schluß, daß **ein Teil der Landwirtskreise**, die bisher im Einheitsblock gruppiert waren, sich **emanzipiere** und zu einer Politik auf konservativen Grundsätzen zurückkehre. „Wir sind," so schreibt der „Przegląd", „Zeugen einer sich aufbauenden konservativen Partei in Polen." Diese Aeußerung hängt wohl damit zusammen, daß, wie jetzt bekannt wird, die **christlich-nationale Arbeiterpartei**, die im Sejm einen Teil der Fraktion der Dubanowiczgruppe bildet, sich gegen das Kompromiß in der Frage der Agrarreform aussprechen will, das zwischen dem Rechtsblock und der Witospartei vereinbart worden ist. Wenn diese Großagrariergruppe diesem Standpunkt treu bleiben sollte, so hätte die Rechte im Sejm keine absolute Mehrheit mehr. Infolgedessen sehen die der Regierung nahestehenden Blätter **die Gefahr einer Kabinettskrise bereits als erledigt** an. Innerhalb der Rechtsparteien dagegen ist man trotzdem noch der Hoffnung, daß es gelingen werde, die Mehrheit im Sejm zu erlangen und die Bildung eines **Kabinetts Witos-Korfanty** durchzusetzen.

Man verhandelt mit der Nationalen Arbeiterpartei.

Die Verhandlungen der Piasten mit den Rechtsgruppen haben nach Meldungen polnischer Blätter eine neue Richtung erhalten. Man hat die Besprechung über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts vertagt und will sich zuvor mit der Nationalen Arbeiterpartei verständigen. Es sind von seiten der Piasten halbamtliche Konferenzen mit den Führern der N. P. R. eingeleitet worden. Im allgemeinen soll die Nationale Arbeiterpartei mit Ausnahme einer Gruppe an deren Spitze der Abg. Popiell steht, dem Anschluß wohlwollend gegenüberstehen.

Die Juden und die Regierung Sikorski.

Das Warschauer jüdische Blatt „**Moment**" schreibt in einem „**Die jüdische Politik im Sejm**" überschriebenen Artikel, man sei sich nach einer Aussprache im jüdischen Klub über das Exposé des Ministerpräsidenten darüber einig geworden, daß die Juden nach einer solchen Rede an ein **Vertrauensvotum** für General Sikorski **nicht denken** könnten, doch ergaben sich bezüglich der **Art des Vorgehens zwei Meinungen**.

Die eine Anschauung vertrat der Abg. **Grünbaum**, der auf dem Standpunkt stand, daß der jüdische Klub eine **absolute Opposition** betreiben müsse.

Gegen diese Ansicht sprach sich jedoch die Mehrheit aus, und zwar etwa drei Viertel der Klubmitglieder, darunter alle ostgalizischen Zionisten, alle Orthodoxen, ebenso auch die Vertreter des jüdischen Großkapitals wie **Truskier**, **Szereszewski** und **Wislicki**, die der Meinung waren, daß die Politik des jüdischen Klubs sich auf **mehr reale und praktische Grundlagen stützen müsse**.

Die Aussprache über dieses Thema hat noch kein Ergebnis gezeigt. Zu den Anhängern Grünbaums sind die Abgeordneten **Farbstein**, **Hartglas**, **Schiper** und die sogenannten Jungzionisten **Lewison** und Dr. **Silberstein** zu rechnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gruppe des Abg. Grünbaum aus dem jüdischen Klub austreten wird.

unterzeichneten Vertrag, der eine Ergänzung des Friedensvertrages mit Deutschland darstellt, und außerdem auf die Verfassung der Republik Polen am 17. März 1921.

Der Vertrag verpflichtete die polnische Regierung, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Sprache, der Rasse und Religion — also auch den nationalen Minderheiten — vollständigen Schutz des Lebens und der Freiheit (Art. 2) zu gewähren; die Verfassung fügte noch den vollständigen Schutz des Eigentums hinzu (Art. 95).

Auf Grund des Friedensvertrages haben alle Einwohner Polens ohne Unterschied des Glaubens, der Religion und des Bekenntnisses das Recht, ihre Praxis sowohl öffentlich als auch privatim auszuüben, sofern diese Praxis mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten (Art. 2) nicht in Widerspruch steht; die Verfassung gibt außerdem allen Einwohnern das Recht, ihren Glauben frei zu bekennen sowie die Vorschriften ihrer Religion oder ihres Ritus zu üben, sofern dies nicht gegen die öffentliche Ordnung und die guten Sitten verstößt (Art. 111).

Auf Grund des Art. 7 des Vertrages sind alle polnischen Bürger ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion vor dem Gesetz gleich und genießen dieselben zivilen und politischen Rechte. Der Unterschied der Religion oder des Bekenntnisses darf dem polnischen Bürger beim Gebrauch der zivilen und politischen Rechte nicht hinderlich sein, besonders wenn es sich um die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Pflichten und Ehren oder um die Ausübung verschiedener Berufe und des Gewerbes handelt. Es darf keine Einschränkung im freien Gebrauch irgend einer Sprache durch polnische Bürger bestehen, sei es in privaten oder Handelsbeziehungen, in religiösen und Pressefragen, bei Veröffentlichungen jeder Art oder in öffentlichen Versammlungen. Ohne Rücksicht auf die von der polnischen Regierung festgesetzte Amtssprache sollen polnischen Bürgern, die eine andere Sprache sprechen als die polnische, bei der Anwendung ihrer Sprache vor Gericht, sowohl bei der mündlichen als auch bei der schriftlichen Anwendung entsprechende Erleichterungen gewährt werden.

Polens innere Staatsverfassung und die vertragsmäßigen Minderheitenrechte.

Die Verfassung befaßt sich mit all diesem weniger eingehend. Artikel 96 lautet, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, die öffentlichen Ämter aber unter den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen in gleichem Maße allen zugänglich sind. Artikel 109 stellt fest, daß jeder Bürger das Recht hat, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen. Artikel 111 verbürgt allen Bürgern Gewissens- und Bekenntnisfreiheit; kein Bürger darf wegen seines Bekenntnisses und seiner religiösen Überzeugungen in den den anderen Bürgern zustehenden Rechten beschränkt werden.

Das sind die Vorschriften, die im allgemeinen alle Bürger betreffen. Ihr Grundzug besteht darin, daß allen die gleichen Rechte zugesichert werden. Alle sollen gleich behandelt werden. Der Unterschied der Rasse, der Sprache oder Religion sollte in diesem Falle keine Rolle spielen; er sollte keinerlei Zurücksetzungen oder Einschränkungen im freien Gebrauch der Bürgerrechte verursachen. Deshalb ist allen Bürgern die Freiheit des Bekenntnisses und die absolute Freiheit des Gebrauchs ihrer Muttersprache zugesichert, gleichviel ob im privaten oder öffentlichen Leben.

Der Zusatzvertrag fordert außerdem, daß fremdstämmigen Bürgern des polnischen Staates im Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht entsprechende Erleichterungen eingeräumt werden (allerdings ist dies nicht auf Verwaltungs- und andere Ämter zu beziehen). Welcher Art diese Erleichterungen sein sollen, das wird im Vertrage nicht näher bestimmt. Gewisse Erleichterungen bestehen bereits durch die Einführung von Gerichtsdolmetschern. Die Einführung weiterer Erleichterungen hängt von dem Ermessen der Regierung ab. Es ist natürlich, daß sich dies nur auf diejenigen Bürger bezieht, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind.

Angesichts dieser allgemeinen Bestimmungen ist der größere Teil des folgenden 8. Artikels des Vertrages dem Anschein überflüssig. Dieser Artikel lautet: „Polnische Bürger, die zu einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehören, werden dieselbe Behandlung und dieselben gesetzlichen sowie faktischen Sicherungen genießen, wie die anderen Bürger Polens. Und zwar werden sie das gleiche Recht zur Gründung, Führung und Beaufsichtigung von Wohltätigkeits-, religiösen oder gesellschaftlichen Einrichtungen, Schulen und anderen Erziehungsanstalten auf eigene Kosten sowie das Recht des unbehinderten Sprachgebrauchs und der freien Ausübung der eigenen Glaubensbekenntnisse innerhalb derselben besitzen."

Dieser inhaltlich zum Teil wiedergegebene Artikel enthält im 110. Artikel der Verfassung zum ersten Male die Umschreibung der „völkischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten". Diesen Minderheiten werden hier dieselben Rechte zugestanden, wie allen übrigen Bürgern Polens im vorherigen 7. Artikel.

Bestimmungen, die besonders die völkischen Minderheiten angehen, enthält Artikel 9 des Vertrages.

Er legt der polnischen Regierung die Pflicht auf, den Kindern von Staatsbürgern nichtpolnischen Volkstums in den Anfangsschulen den Unterricht in ihrer Muttersprache zu gewähren, wie auch den völkischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten den „berechtigten Anteil" am Gebrauch der Gelder zu sichern, die aus öffentlichen Fonds zu Erziehungs- und anderen Zwecken angewiesen werden. Auf polnische Bürger deutscher Abstammung wird diese Bestimmung nur in den Teilgebieten Polens Anwendung finden, die ehemals zu Deutschland gehörten.

Die Verfassung vom März sichert den Minderheiten im 109. Artikel „... volle und freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenheiten mit Hilfe autonomer Minderheitenverbände, die einen öffentlich-rechtlichen Charakter haben, im Rahmen der allgemeinen Selbstverwaltungsverbände zu, behält aber das Recht der Kontrolle ihrer Tätigkeit für die Behörden vor. Die übrigen zwei Artikel (der 10. und der 11. Artikel) beziehen sich ausschließlich auf die Juden.

In einem Schlußwort wies der Vortragende darauf hin, daß die richtige Pflege und Anwendung des Minderheitenrechts solche Begriffe wie Irredenta, Separatistenpolitik und Dissidentismus aus dem politischen Leben der Menschheit beseitigen muß und daß eine Lösung der Minderheitenfrage im Sinne der modernen Weltanschauung und im Sinne des neuen Völkerrechts eine Lebensfrage für den neugeschaffenen Nationalitätenstaat Polen ist.

Republik Polen.

Die Einschränkung der Ansiedlungstätigkeit.

Im Zusammenhang mit dem Sejmbeschluß, der die Regierung auffordert, die Ansiedlungsaktion einzustellen, arbeitet das Kriegsministerium einen Entwurf für eine teilweise Reduzierung des diesen Fragen gewidmeten Apparates. Das Referatsbureau für Soldatenansiedlungen beim D. O. K. ist liquidiert worden. Die Akten wird der Militäransiedlungsausschuß beim Ministerpräsidenten übernehmen Die neuen Kandidaten für das Jahr 1923 werden nicht mehr bestätigt.

Das künftige Versammlungsgesetz.

Dem Sejm ist ein Gesetzentwurf über die Abhaltung von Versammlungen zugegangen, der vom Innenministerium ausgearbeitet worden ist.

Die Einkünfte aus den direkten Steuern

betrugen, wie das Finanzministerium mitteilt, im Monat Februar 13 595 246 000 Mark, während in demselben Monat des Vorjahres 5 134 269 000 Mark einströmten. Am meisten angewachsen sind die Einkünfte aus der Einkommensteuer, und zwar im Laufe eines Jahres von 189 194 000 Mark auf 5 830 402 000 Mark. Die Gewerbesteuer brachte im Februar des laufenden Jahres 4 009 943 000 Mark gegen 368 332 000 Mark im Vorjahre, die Grundsteuer 454 773 000 M. gegen 120 609 000 Mark im Februar 1923.

Der Mordprozeß gegen Smaragd.

Am Montag hat bei dem Bezirksgericht in Warschau der Prozeß gegen den Archimandriten Smaragd Lotyszenko, den Mörder des Metropoliten der orthodoxen Kirche in Polen, begonnen. Die Verteidigung Smaragds haben drei Anwälte übernommen.

Aufhebung des polnischen Generalkonsulats in Paris

Das Außenministerium hat beschlossen, das Generalkonsulat in Paris aus Sparsamkeitsrücksichten aufzuheben. Nur eine Konsularabteilung bei der polnischen Gesandtschaft soll bestehen bleiben.

Ein polnisches Konsulat in Jerusalem.

Mit dem 1. Mai d. J. wird ein polnisches Konsulat in Jerusalem eröffnet. Zum dortigen Konsul wurde Jerzy Adamkiewicz, der frühere Sekretär der polnischen Gesandtschaft in London ernannt.

Militärische Auszeichnung Pilsudskis, Fochs und Weygands.

In der Sitzung des Ordenskapitels des „Virtuti Militari" wurde beschlossen, dem Generalstabschef Pilsudski und dem Marschall Foch den „Virtuti Militari" 1. Klasse und dem General Weygand den „Virtuti Militari" 2. Klasse zu verleihen.

Die Goldmünze.

Im Kreditdepartement des Finanzministeriums wurden die vorbereitenden Arbeiten zur Organisierung der Münze wieder aufgenommen. Die Prägung einer Scheidemünze im Werte von einer Mark ist mit Rücksicht auf die vorgesehene Valutareform nicht in Aussicht genommen. Die Eröffnung der Münze soll noch in diesem Jahre für die private Benutzung zur Prägung polnischer Gulden aus privatim gelieferten Metall erfolgen. Aus Silber sollen Ein-Gulden-Münzen, aus Gold Fünf- und Zehn-Gulden-Münzen geprägt werden, die in Bezug auf das Gewicht, die Größe und den Goldinhalt den entsprechenden schweizerischen Münzen gleichkommen würden. Außer privaten Bestellungen würde die Münze auch polnische Gulden aus Edelmetallen prägen, die im Laufe der letzten Jahre dem Nationalschatz zugeflossen sind und gegenwärtig in der Polnischen Landesdarlehnskasse aufbewahrt werden.

Aus der polnischen Presse.

Die Rechte und Sikorskis Rede.

In dem Leitaufsatz seiner letzten Sonntagsnummer, der die Überschrift trägt „Eine Politik ohne Charakter" erklärt der „Kurjer Poznański": Keiner der Führer des „Nationalen Lagers" — Dmowski, Korfanty, Seyda, Stroński — hätte stärker sprechen können als es Sikorski im Posener Rathaus tat, und doch hinterließ diese Rede einen unangenehmen Nachgeschmack, und Zweifel würden laut nicht so sehr an der Aufrichtigkeit als vielmehr an der Kraft und der Beständigkeit der Grundlagen des von Herrn Sikorski entwickelten politischen Programms.

„Noch jetzt reiben sich die Leute die Augen und fragen, ob es wirklich Sikorski sei, der da gesagt habe, er hätte mehr als irgend einer seiner Vorgänger seine Aufmerksamkeit auf Westpolen gerichtet. General Sikorski — Schöpfer einer antideutschen Politik als konsequenten und rücksichtslosen Pionier der Entdeutschung Westpolens! Ist es ein Traum oder ist es Wirklichkeit? Nein, es ist kein Traum, sondern eine speziell polnische Wirklichkeit. Das Merkmal dieser Wirklichkeit ist nicht nur Mangel an Gedächtnis, sondern auch ungeheure Nachsicht, der Glaube an den guten Willen, der Mangel allgemeineren Verstehens dafür, daß in der Politik Beständigkeit der Überzeugungen in jeder Lage und Taten entscheiden, die dieser Politik den eigentümlichen Charakter geben. Und wenn uns nach dem Aufenthalt des Ministerpräsidenten Sikorski der gesunde innere Instinkt gebietet, ihm gegenüber weiterhin Zurückhaltung zu üben, die einem Mißtrauen sehr nahe kommt, so ergibt sich die Zurückhaltung daraus, daß gerade seine politischen Leitsätze in der Zeit des großen Krieges und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit allen möglichen Schwankungen unterworfen waren und jeder Situation angepaßt wurden. Sagen wir offen, daß die Politik des Generals Sikorski niemals eine beständige war und ihn deshalb auch niemals einer Verfolgung aussetzte. Vor allem stellte sie sich nicht der deutschen Überschwemmung und der Okkupationspolitik entgegen. Sie tat das erst post faktum, als etwas anderes gar nicht möglich war. Immer mit dem Strom. Da aber die Politik des nationalen Lagers gegen die Strömung erbaut worden ist, gegen die Okkupanten zur Zeit der Okkupation im Lande und gemeinsam mit den Alliierten im Ausland mit großer Mühe und Anstrengung, da diese Politik in der Zukunft zweifellos auf große Schwierigkeiten stoßen wird, so muß man fragen: Welches sind die Garantien dafür, daß General Sikorski und die schwankenden Politiker seines Typs es später nicht für geboten halten werden, das schwierige Fahrwasser zu verlassen und in eine neue bequemere Strömung zu schwimmen? „Die Geschichte der politischen Evolution des Generals Sikorski ist ganz besonders kühn und kann Unruhe wecken."

Der „Kurjer" erinnert dann an Sikorskis Haltung und Tätigkeit während des Weltkrieges, seine Werbetätigkeit für die Legionen, seine Bereitschaft, die Mittelmächte zu unterstützen usw. und erklärt: Diese Dinge können nicht vergessen werden, und sie schließen ein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Lenker der Geschicke Polens aus.

Der Beschluß dieser Kriegserklärung an Sikorski (die so hübsch schnell auf die stürmische Umarmung folgt) lautet:

„Die Posener Rede des Ministerpräsidenten Sikorski hat diejenigen zurückgestoßen, die ihm loyal gegenüberstanden und mit anderen die Grundlage seiner Regierung bildeten, und sie vermochten nicht, diejenigen zu gewinnen, auf die man rechnet, um das nationale Lager zu zerschlagen. Es ist anzunehmen, daß die Rede, die alte Wahrheiten enthielt, **nur deshalb gehalten wurde, um die einen von sich fortzustoßen und dafür andere zu gewinnen.** Ob mit Erfolg? In der Politik — sagte einer der witzigen Franzosen — muß man oft die Parteien wechseln, um seine eigenen Überzeugungen zu bewähren Aber man kann noch weiter gehen. Man kann nämlich **sowohl die Überzeugungen als auch die Parteien wechseln, um seine Stellung zu halten.** Nur ist das dann keine nationale Politik, sondern politische Berechnung, der die Grundlage, das Programm und die Beständigkeit, fehlt und die nicht fähig ist, jene Direktiven für das Volk zu schaffen, von denen der Herr Ministerpräsident im Rathause sprach, wobei er nicht zögerte hinzuzufügen, daß er gerade die Notwendigkeit festgestellt habe, solche Direktiven für das ganze Volk zu schaffen, die keinen Schwankungen ausgesetzt werden. Diese Direktiven bestanden in Westpolen seit Ausbruch des Krieges und überdauerten unverändert den Krieg. Sie waren der Ausdruck einer Politik der Grundsätze und überdauerten die Qual der Hoffnungslosigkeit,

---

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(Nachdruck verboten.)

„Und ich geh' mit einer, die mich lieb hat,
In den stillen Frieden dieses Hauses,
Der voll Schönheit wartet, daß wir kommen."

Frau Else von Biegeleben sang. Voll und weich schwebten die Töne der herrlichen Altstimme wie dunkle Glockenklänge durch das Zimmer, das im grauen Schimmer der beginnenden Dämmerung lag. Holunder und Jasmin blühten zum offenen Fenster herein.

Der junge Offizier, der am Flügel saß und ohne den störenden Apparat von Noten und Lichtern begleitete, ließ die Hände von den Tasten sinken und wandte sich an die schlanke, weiße Gestalt, die jetzt, nachdem die letzten Töne im duftigsten Piano verhallt waren, an dem Instrument lehnte.

„Welch ein Göttergeschenk ist Deine Stimme. Ich höre in Berlin viel Musik und lasse kein gutes Konzert vorübergehen, aber noch nie habe ich Brahms und Strauß mit solch tiefem Verständnis, mit so völliger Hingabe singen hören wie von Dir."

Die junge Frau lächelte. „Brahms war ein Freund meines geliebten Vaters, dessen letzte Lebensfreude mein Gesang war. Er würde sich über Dein Urteil freuen. Aber meine Stimme war ganz eingerostet durch die lange Pause, die ich machen mußte; Deine wundervolle Begleitung hat sie erst wieder zum Leben erweckt. Das ist ein Genuß, den ich lange entbehrte."

„Ist niemand in Eurem Bekanntenkreise musikalisch genug, um Dich zu begleiten?"

„Ach nein!" entgegnete Frau Else. „Wir essen und trinken viel zu gut, um künstlerisch zu empfinden. Nur wenn es Hummer gibt, ist der dicke Major so begeistert, daß er zum Bratenbarden wird und nach dem Essen die „Grenadiere" singt. Ich habe auch so wenig Zeit zum Üben; nur gegen Abend, wenn die Kinder schlafen, bis Hans-Otto zurückkommt."

„Ich begreife nicht, weshalb Du Dich so anstrengst. Den ganzen Tag bist Du im Hause, im Garten oder mit der Kleinen beschäftigt. Kaum einen Augenblick hast Du Ruhe. Wie kann Hans-Otto das dulden?"

„Er verlangt es so „zu meiner Erziehung". Ich bin von Natur träge und unpraktisch, dem will er ein Gegengewicht geben."

Nachdenklich sah der Schwager in das ihm zugewandte liebliche, blasse Antlitz, in dem nur die Lippen rot blühten. „Weshalb muß denn in der Ehe immer erzogen werden? Das will mein Junggesellenverstand nicht begreifen. Zwei Menschen, die sich aus Liebe erwählten, sollten doch auch ihre Fehler, die einmal jeder Sterbliche hat, in Liebe tragen. Weshalb will denn immer der stärkere Teil den schwächeren nach sich umformen? Jeder hat das Recht seiner Persönlichkeit."

„O, Du weiser Mann!" sagte Frau Else scherzend. „Wenn Du die Frage lösen kannst, wirst Du Dir großen Dank bei den Frauen erwerben. Aber leider werden die einsichtsvollsten Junggesellen oftmals die ärgsten Haustyrannen. „Jeder trage des andern Last", ist ein so schöner Trauspruch, aber im Leben macht man meist die eigene und des andern Last unerträglich."

„Ich fürchte oft, daß mein drei Monate langer Aufenthalt in Eurem Hause Dir zu viel Arbeit macht. Ich hätte Hans-Ottos Einladung nicht annehmen sollen."

„Nein! Das ist mir die größte Freude, den ganzen Tag, an dem sich die Prosa der Alltäglichkeit an mich drängt, sehne ich mich nach der stillen Abendstunde, in der wir unsere Sprache reden können."

„Höre ich noch ein Lied oder bist Du müde?"

„Ein wenig. Laß mich hier im Korbsessel sitzen und spiele mir etwas vor, was zu diesem schönen Frühlingslied paßt: Chopin oder Schumann, nichts Modernes."

Die grauen Abendschatten füllten das in lichten Farben ausgestattete Musikzimmer, die schmale Gestalt der jungen Frau schmiegte sich in den Sessel, ihre schlanken Hände lagen gefaltet im Schoß.

Rainer von Biegeleben spielte mit künstlerischer Meisterschaft und seelischer Vertiefung, mit hinreißender Leidenschaft und sanfter Schwermut, wie Chopin gespielt werden muß, sein letztes Nokturno, in dem der sich immer wiederholende As-Akkord wie ein Blutstropfen aus tödlicher Herzenswunde fällt.

„Else!" Eine laute, durchdringende Stimme hallte durch das stille Haus. Sporen klirrten auf den Treppenstufen, die Tür wurde schnell aufgerissen, eine hell blendende Lichtflut drang von der erleuchteten Diele herein. Der Rittmeister von Biegeleben in Reitstiefeln und grauer Litewka lachte laut auf.

„Natürlich! Im Dunkeln wie ein paar lichtscheue Fledermäuse, das Künstlerpaar! O heilige Frau Musika! Ich hab' Hunger!" Er klopfte seinem Bruder auf die Schulter und bot seiner Frau den Arm.

„Und ich geh' mit einer, die mich lieb hat, an den hoffentlich reich besetzten Abendtisch", sang er spöttelnd in höchsten Fisteltönen. „Kinder, Staub hab' ich geschluckt! Es war nicht mehr schön. Unsere märkische Sandbüchse schreit nach Regen. Ich sehnte mich die ganze Zeit über nach unserer kühlen Veranda und nach dem Maitrunk, den Elslein hoffentlich eiskalt gestellt hat. Ganz große Gläser will ich haben, das köstliche Naß muß ordentlich in ihnen Wellen schlagen können. Wir wollen einen tiefen Mannestrunk tun, Rainer."

Frau Elses Arm zuckte in dem des Gatten.

„Na, komm nur zurück aus dem Traumland in die prosaische Wirklichkeit. Ich hab' Dir doch alles heute morgen gesagt und den Mosel herausgegeben."

„Es tut mir sehr leid, sehr leid, Hans-Otto, ich habe..."

„Wieder einmal alles vergessen?" Der Rittmeister sprach recht ungeduldig. „Natürlich! an jedes dumme Notenbündel wird gedacht, an mich und meine Wünsche niemals!"

Eine dunkle Röte lag auf seiner Stirn, deren unruhige Linien cholerisches Temperament verrieten.

(Fortsetzung folgt.)

die Verfolgung und den politischen Kampf — sogar den Kampf mit General Sikorski unter der Okkupation. Eine Politik ohne Charakter wird keine Direktiven schaffen. Allenfalls kann sie sie geschickt für die politischen Strömungen des gegenwärtigen Augenblicks ausnutzen."

Die Boykottierung der jüdischen Kundschaft

in Posener Geschäften und Lokalen, zu dem ein Teil der polnischen Presse Posens die Geschäftsinhaber und Lokalbesitzer aufforderte, hat eingesetzt. Der „Kurjer Poznański" berichtet in seiner Dienstagsnummer (wir übersetzen wörtlich, um die Tonart des Blattes zu kennzeichnen):

„Am Sonnabend erschien in der „Warszawianka" in der ul. Nowa ein hergelaufener Jude, um Posener Kuchen zu kaufen. Aber er wartete vergeblich. Denn keiner der Gastronomiegehilfen wollte den jüdischen Appetit stillen. Auf die Entrüstung des Juden und seine ultimative Beschwerde hin erklärte der Inhaber der „Warszawianka" dem lästigen Eindringling, daß er angesichts des gegenwärtig in der ganzen Welt begonnenen Feldzuges gegen die Juden, der durch das furchtbare jüdische Sowjetverbrechen in Moskau verursacht wurde, seinen Gehilfen keine jüdischen Sympathien eintrichtern könne."

Das Evangelische Konsistorium in Posen

wendet sich in einer Zuschrift an die Schriftleitung des „Posener Tagebl." gegen die in unserer letzten Sonntagsnummer gegebene Beleuchtung der Unterhaltung zwischen den Vertretern des Konsistoriums und dem Ministerpräsidenten Sikorski und erklärt:

1. daß die Vertreter des Konsistoriums sich vorher vergewissert hätten, daß der Herr Ministerpräsident der deutschen Sprache mächtig sei;

2. daß nach den bisher mit anderen Vertretern des polnischen Staates gepflogenen Verhandlungen gar kein Anlaß zu einem Zweifel darüber vorlag, daß auch der Herr Ministerpräsident den Gebrauch dieser Sprache nicht beanstanden würde;

3. daß nach der amtlichen Erklärung, die der Vertreter des polnischen Staates beim Völkerbund, Herr Professor Askenazy, abgegeben hatte, in Polen jeder sich in seiner Muttersprache an die Behörden wenden kann und Bescheid in der Sprache erhält, die er gebraucht hat;

4. daß es für die Vertreter des Konsistoriums, die am Sonnabend, dem 7. d. Mts., gegen Mittag von der Absicht des Herrn Ministerpräsidenten, Audienzen abzuhalten, Kenntnis erhielten, gar nicht möglich gewesen sei, vor der bis Montag, den 9. d. Mts., vorgeschriebenen Anmeldung der Audienz sich Gewißheit darüber zu verschaffen, daß der Herr Ministerpräsident bereit sei, auch deutsch zu sprechen.

Kein Ende des Widerstandes an der Ruhr!

Der militärische Terror fruchtet nicht. — Die neue „Schutzpolizei" und die Lockerung der Disziplin. — Ein neues Mittelalter. — Der Bericht über die Pariser Konferenz.

Wenn aus französischen Quellen hie und da Mitteilungen ins Ausland gelangt sind, daß die Steigerung der französischen Gewalttaten und Methoden zum Nachlassen des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet geführt hätten, so wissen wir im Ruhrgebiet, daß es umgekehrt ist. Dazu bedarf es keiner Flugblatt- oder Zeitungspropaganda auf deutscher Seite, der man mit dem französischen Bajonett haarscharf zu Leibe geht — diese Propaganda besorgen die französischen Taten selbst. Mit wachsender Verständnislosigkeit und Erbitterung sehen alle Klassen der Ruhrbevölkerung den Orgien eines hemmungslosen Militarismus zu, die ohne Ankündigung, ohne Angabe eines Grundes und ohne Ziel abwechselnd über die eine oder die andere Großstadt des Ruhrreviers hereinbrechen. Nachdem der unzivilisierte Gebrauch der Reitpeitsche gegen die Gesichter ehrenhafter deutscher Schutzpolizeibeamter, die nicht durch Gruß die Landeshoheit der Eindringlinge im Ruhrgebiet anerkennen wollten, vereinzelt Verwundung oder Tod eines französischen Offiziers herbeigeführt hatte, zog man in Gelsenkirchen und Essen, in Bochum, Recklinghausen, in Buer und Dortmund mit einem lächerlich großen Aufgebot von Mannschaften, Tanks, Panzerautos und Maschinengewehren in regelrechten Schützenschwärmen gegen die schwache, nur mit Revolvern und Seitengewehren bewaffnete Schutzpolizei zu Felde. Jetzt sind die meisten Städte ohne Polizei. Daß sich hier bald die Elite der internationalen Verbrecherwelt sammeln wird, liegt auf der Hand. Heiterkeit erregt ein geschriebenes Flugblatt, in dem die internationale Zunft der Diebe und Raubmörder, gez. Gebr. Fleischer, Herrn Degoutte als Gesinnungsgenossen im Kampf gegen die auch ihnen wegen ihrer Tüchtigkeit verhaßte Schutzpolizei begrüßt, und ihn als Genossen wegen der Aufhebung der Schutzpolizei zum Ehrenmitgliede ihrer Gilde ernennt. Keineswegs aber üben, wie sie es verbreiten, die Franzosen die Sicherheitspolizei aus. Mögen sie hie und da im eigenen Interesse den unzureichenden Sicherheitsdienst nicht behindern — sie selbst sind das Element der Unsicherheit auf den Straßen. Die ritterliche Nation sperrt jeden ein, der zur eigenen Sicherheit auch nur einen Gummiknüppel trägt. Seitdem die Vorgesetzten der Soldaten angefangen haben, öffentliche Kassen auszuräubern, um sich das ihnen von allen Banken vorenthaltene Markpapiergeld zu erobern, nehmen die Überfälle und Beraubungen von Personen beiderlei Geschlechts auf den Straßen, besonders in Essen, kein Ende. Die französische Mär, daß es sich um Deutsche in französischer Uniform handelte, klingt ganz unwahrscheinlich, da Deutsche an solche Uniformen gar nicht herankommen können, merkwürdig auch, daß die Räuber meist die Nähe französischer Soldatenquartiere für ihre Überfälle aufsuchen und französisch sprechen! Die Mehrzahl der 50—60 Fälle, die in kurzer Zeit allein in Essen vorgekommen, werden schon stimmen — trotz der Geheimnistuerei, mit der die Franzosen aus begreiflichen Gründen die Untersuchung führen. Nicht nur auf den Straßen wird marodiert, so daß alles seine Geld- und Wertsachen lieber zu Hause läßt, sondern auch bei jedem der militärischen Massenüberfälle auf Polizeikasernen, Rathäuser, Privathäuser zum Zwecke von Verhaftungen, auf Theater (als „Sanktion"), auf Bahnhöfe, Güterschuppen oder Eisenbahnzüge, überall wird geraubt und geplündert, was irgend zu verwerten ist, und das Übrige meist sinnlos zerstört. Überhaupt haben die Franzosen ihre Mission als Kulturbringer der Welt im Industriegebiet in ganz besonderer Weise verwirklicht; sie haben Deutschland ins Mittelalter zurückgeführt. Seit Monatsfrist sind Essen und die meisten Großstädte des Bezirks ohne Telephon und fast ohne Telegraph — die Kabel sind abgeschnitten aus Ärger, daß ihnen das riesige Telephonnetz nicht zur Verfügung gestellt wurde. Die Autos, außer einigen wenigen Mietsdroschken, sind von den Straßen verschwunden. Die Hauptbahnhöfe sind besetzt und statt 4000 Zügen fahren nur noch ca. 70—80 Züge täglich im Industriegebiet aus und ein. Die ersten Hotels und Restaurants, zahlreiche Läden sind geschlossen — in Bochum alle, außer den Lebensmittelläden, auf einen Monat —, alle Großstädte sind ohne Oberbürgermeister und ohne Polizei. Dafür sind mittelalterliche Wegelagerei und Straßenraub wieder eingeführt. Ständig werden Autos und Kohlenwagen, Behörden, Banken, Bahnhöfe und Züge zum Zwecke der Beschlagnahme überfallen, harmlose Passanten werden unter dem Vorwand des Durchsuchens nach Waffen oder der Vorzeigung des Ausweises ihres Geldes und ihrer Wertsachen beraubt. Mehrere Fälle sind verbürgt, in denen sachliche Beschwerden über Ausschreitungen von Soldaten beim Kommando von Offizieren und ihren Mannschaften zu mittelalterlichen Foltern benutzt wurden, um die Ankläger unter wilden Beschimpfungen, brutalen Fußtritten, Schlägen mit den Gewehrkolben und blutigen Mißhandlungen zu zwingen, Schriftstücke zu unterzeichnen, in denen sie sich selbst der Sache bezichtigen und als Lügner brandmarken sollen, ohne daß dies bei dem aufrecht-trotzigen Charakter der Westfalen gelungen wäre. Um sich Weiber zu verschaffen — auch die Dirnen wollen hier nichts mit ihnen zu tun haben —, werden Verhaftungen aus nichtigen Gründen benutzt, um raffinierte Briefe der Verhafteten an ihre verängsteten Frauen zu erpressen, in denen die Frauen auf irgend eine französische Wache zu bestimmter Zeit bestellt werden, an der die Gatten angeblich dort freigegeben werden, um damit die Frauen in ihre Gewalt zu bekommen. Hier im Kohlensyndikat tobte auch ein französischer Wachtmeister an einem unschuldig verhafteten gräflichen Diener seine bestialischen Gelüste unter furchtbaren sadistischen Mißhandlungen in Gegenwart von Kameraden aus. Wollte die Presse des Ruhrbezirks auch nur andeutungsweise in diesen Dingen die Wahrheit sagen — sie würde für immer unterdrückt zugunsten kümmerlicher und verlogener französischer Nachrichtenblätter und Flugblätter. Denn auch in bezug auf die öffentliche Meinung sind wir ins Mittelalter zurückgesunken. Es gibt keine Zeitung mehr im Industriegebiet — welcher Parteirichtung es sei —, die nicht (mit Ausnahme eines bekannten gesinnungslosen Dortmunder Geschäftsblattes) bereits auf Wochen verboten gewesen wäre. Degoutte verordnet darauf los, daß wer verbotene Blätter vertreibt — auch viele auswärtige Blätter sind hier verboten — oder wer französische Flugblätter abreißt, mit Gefängnis bestraft wird. Trotzdem sind die meisten Flugblätter abgerissen. An vielen Stellen der Armee tritt zutage, daß die Offiziere bei diesem Raubzug mitten im Frieden, der zudem bis heute noch nicht über die Anfangsschwierigkeiten herausgekommen ist, ihre Leute nicht mehr voll in der Hand haben, wenn auch vorläufig entscheidende Hoffnungen seitens der Deutschen darauf nicht gesetzt werden können.

Bisher haben alle Verlockungen und Gewalttaten nichts erreicht, als den Anschauungsunterricht darüber zu vervollständigen, wie sich Frankreich benimmt, wenn Europa seinen zügellosen Machtgelüsten freie Hand läßt. Denn in jedem Bewohner des Ruhrgebiets lebt die Überzeugung, daß eine Unterwerfung unter den Willen Poincarés die Verewigung seiner Knechtschaft und Schande bedeuten würde. Wenn jetzt die Essener Kaufmannschaft ihren freiwillig, ohne Regierungseinfluß gefaßten Beschluß, an die Franzosen nichts zu verkaufen, nicht mehr voll durchführen kann, da Degoutte darauf sofortige Verhaftung des Verkäufers und des Ladeninhabers und fünfjährige (!) Gefängnisstrafe gesetzt hat, so beweist in diesem Falle Zurückweichen vor unerhörtem Terror nicht das geringste für ein Nachlassen des Widerstandes, der gerade in Arbeiterkreisen sich dauernd verschärft hat. Denn Lebensmittel und Lohnverhältnisse sind trotz mannigfacher Arbeitslosigkeit, dank der großzügigen Hilfe der Regierung für alle Stände, noch durchaus in Ordnung. Mit den Arbeitern setzt die ganze Ruhrbevölkerung ihre letzte Kraft darein, der Welt und vor allem Frankreich zu beweisen, daß auch der brutalste Militarismus nicht imstande ist, einem freien Volke seinen Willen aufzuzwingen und sein Recht auf Leben und Unabhängigkeit zu rauben.

Daß das französische Abenteuer an der Ruhr keine Früchte tragen wird, auch wenn es Frankreich gelingen würde, das Zehnfache der Ruhrkohle oder des Kokses zu erfassen, ist unzweifelhaft wahr. Der innere Grund ist der, daß man den deutschen Menschen falsch eingeschätzt hat. Ein psychologischer Irrtum also, über den noch zu reden sein wird. Daß für Frankreich auch diese Erkenntnis noch einmal kommen muß und wird, ist ohne weiteres zu verstehen. Langsam scheint ja auch jetzt bereits das Gefühl dafür, wenn auch noch unbewußt, da zu sein. Ein kleiner Anhaltspunkt für diese Annahme bietet sich in den Pariser Verhandlungen, in denen zwar große Worte gesprochen werden, die eine künstliche Geradehaltung bezeugen. Das „Ergebnis" der Pariser Beratungen ist nunmehr in der Presse so einigermaßen niedergelegt und zum Teil mit Kommentaren versehen, über die sich reden läßt. Im Grunde geht aber durch alles jene bekannte Redesucht, mehr agitatorisch als sachlich zu wirken, die in Frankreich seit Kriegsende üblich war.

Darin ist Frankreich vielleicht „Meister" und für manche junge Staaten ein erstrebenswertes Vorbild; aber diese Meisterschaft bedeutet nichts. Wer da glaubt, daß ein Staatsmann dazu da ist, um sich von der bewegten Luft umfächeln zu lassen, die seine Reden erzeugen, der hat doch einen Begriff, der eben mit parlamentarischen Worten nicht zu bezeichnen ist.

Die Mittagsstunde des gestrigen Tages brachte das Ende der französisch-belgischen Konferenz in Paris. Der amtliche Bericht lautet:

„Die französischen und belgischen Minister sind heute vormittag aufs neue zusammengekommen. Sie haben über gemeinsame Instruktionen beraten, die an den Oberkommissar im Rheinland und an den General Degoutte abgehen sollen und hauptsächlich die im neubesetzten Gebiet eingeführte Zentralverrechnung, ferner die Verwendung des Ertrages der Geldbußen und beschlagnahmten Summen betreffen. Es ist beschlossen worden, daß die verschiedenen Waren und Produkte beschlagnahmt worden sind, um die von den beiden Regierungen oder ihren Staatsangehörigen gemachten Bestellungen zu decken (!), und den Bestellern direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Rest der beschlagnahmten Waren und Produkte wird von den französischen wie von den belgischen Besatzungsbehörden verkauft werden. Der Ertrag dieser Verkäufe soll der Verrechnungskasse überwiesen werden. Nach Abzug der Besatzungskosten erhält die Reparationskasse den verbleibenden Restbetrag zur weiteren Veranlassung. **Die beiden Regierungen haben den Beschluß von Brüssel bestätigt, daß sie die Räumung des Ruhrgebiets und der auf dem rechten Rheinufer neu besetzten Gebiete nicht von bloßen Versprechungen abhängig machen, aber daß sie nach Maßgabe der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen diese Räumung allmählich durchführen werden.**"

Also das, was gestern die Pariser Blätter in die Welt posaunten, daß das Ruhrgebiet nicht eher geräumt würde, bis alles bezahlt ist, trifft nicht ganz zu. Auch sonst macht diesmal der amtliche Bericht nicht den Eindruck der steinernen Energie, wie man es in letzter Zeit zu hören gewohnt war. Alle Abendblätter in Paris bringen gleichlautende Meldungen und nur kurze Kommentare. Am ausführlichsten ist der „Temps", und er ist das Beispiel für die gesamte Pariser Presse.

Der „Temps" spricht davon, daß ein endgültiger Reparationsplan durch einen Vergleich der Sachverständigen beider Länder und deren Projekte ausgebaut werden soll. Dieser Plan wird dem englischen Kabinett zur Kenntnis gebracht werden. Nach einer anderen, unwahrscheinlichen Nachricht, auch der deutschen Regierung.

Die belgisch-französische Regierung hat nicht die Absicht, mit der Regierung Englands Verhandlungen über die Ruhrfrage anzuknüpfen, bevor Deutschland nicht ein Angebot gemacht hat. Der neue Plan für die Reparationsfrage wird wahrscheinlich nach Instruktion Poincarés ausgearbeitet werden. Vor allen Dingen nach dem Plan, der bereits veröffentlicht worden ist. Gemeint ist damit der Plan, der für ein Moratorium von zwei Jahren ein kompliziertes Garantiesystem verlangt, und in der Hauptsache das besetzte Gebiet als Pfand behalten will.

Die Verhandlungen werden weiter gehen. **Herr Poincaré will sich bald nach Brüssel begeben.** Im Ton der Zeitungen ist jetzt eine gewisse Retardierung eingetreten, den auch Herr Poincaré bei seiner neuen Rede sicher anschlagen wird. Aber auch neue Drohungen werden auftauchen, und diese neuen Drohungen dürfen Deutschland nicht einschüchtern; denn in dieser Beziehung ist ja der „große Elsässer" genugsam bekannt.

Jeden Tag eine neue Aktion, trotz aller Beschönigung vor der Welt. Die Bevölkerung wird immer in neue Drangsale hineingestoßen. So sind die französischen Besatzungsbehörden nunmehr, wie im Ruhrgebiet, auch in verschiedenen Orten des altbesetzten Gebietes dazu übergegangen, von den Ladenbesitzern das Aushängen von Plakaten der Rheinlandkommission und der Besatzungsbehörden in den Schaufenstern zu verlangen. Im Auftrage der Reichsregierung hat der Reichskommissar für das besetzte rheinische Gebiet in einer Note gegen dieses Vorgehen protestiert, das nicht allein ein Eingriff in das Privateigentum, sondern auch eine Vergewaltigung des berechtigten Empfindens deutscher Ladenbesitzer bedeutet, die dadurch gezwungen würden, eine öffentliche Anbringung von Plakaten zu dulden, die nahezu ausnahmslos gegen deutsche Gesetze und amtliche Anordnungen verstoßen. Die Note fordert die umgehende Aufhebung der widerrechtlichen Entscheidung der interalliierten Rheinlandkommission.

Auch die Ausweisungen der Eisenbahner werden täglich größer. Gestern hat die Rheinlandkommission die Ausweisung von weiteren 433 deutschen Beamten, meist Eisenbahnern, angeordnet. Von den Eisenbahnerausweisungen in Euren bei Trier, am 7. und 9. April, gibt die französische Militärbehörde folgende Darstellung: Seit dem 1. April wußten die Eisenbahner, daß sie die Arbeit wieder aufzunehmen hatten, und ihnen war am 6. April der Beschluß mitgeteilt worden, daß sie für den Fall ihrer Weigerung aus ihren Wohnungen entfernt würden. Am 7. wurde die Ausweisung verwirklicht, weil diese Wohnungen der Eisenbahnverwaltung gehören, die nunmehr französisch-belgischer Regie unterstellt ist. Bei den Ausweisungen ist es zu keinen Gewalttätigkeiten (?) gekommen.

In der Ruhr- und Rheinlandfrage muß jetzt überall offene Sprache geführt werden, denn es ist unbedingt notwendig zu wissen, wie die Zukunft sich gestalten wird, gleichgültig wie das Abenteuer endet. Unfruchtbar in diesem Stadium von heute ist Frankreichs Stellung ohne Zweifel, aber auch die Folgen sind, nicht für Deutschland in dem Maße, verhängnisvoll. Falls Frankreich nicht rechtzeitig zur Einsicht kommt, was aber ganz und gar hoffnungslos ist.

Die endgültige Lösung liegt noch weit im Felde; das eine aber ist gewiß, die gegenwärtige Regierung wird jetzt nicht mehr so ohne weiteres erschüttert werden können, weil sie eine Vereinigung darstellt, die ein Wort von Gültigkeit sprechen kann, wenn es sich um wirtschaftliche und politische Fragen handelt. Und wer jemals von Deutschland wieder einmal Geld bekommen will, wird diesen Faktor sehr ernst beachten müssen.

Deutsches Reich.

** **Belgisch-französischer Zwischenfall.** Die Besetzung der Zeche Matthias Stinnes III und IV durch die Franzosen hat zu einem örtlichen Streit zwischen den Belgiern und den Franzosen geführt. **Gladbeck ist nämlich von Belgiern besetzt, die nach der Besetzung der Zeche höchst erstaunt waren, daß plötzlich das Gas ausging und ihre Entrüstung darüber äußerten, daß die Franzosen in ihr Gebiet eingedrungen seien. Die Belgier wurden sogar beim Bürgermeister von Gladbeck vorstellig. Durch das Ausbleiben des Gases müssen 1080 Schulkinder auf die Quäkerspeisung verzichten. Außerdem leiden vor allem die Krankenhäuser.**

Aus aller Welt.

Eine Bewegung gegen den italienischen Faszismus.

Während Mussolini in Mailand an der Seite des Königs Triumphe feiert, und ein französischer Minister ihm den Großkordon der Ehrenlegion überreicht, wächst sich der Turiner „Popolari"-Kongreß zu einer Art Oppositionsparlament aus. Schon die große Rede Sturzos hatte trotz der Anerkennung des Faszismus nicht eben wie ein Hymnus auf die Regierung Mussolinis geklungen. Zu einem bedeutsamen Gefühlsausbruche kam es indessen in der folgenden Diskussion. Namens der Linksgruppe der Partei sagte Ferrari, es sei Zeit, zu erklären, daß die Popolari"-Partei die faszistische Diktatur nicht billige, da sie den Interessen und der Zukunft des Landes verhängnisvoll sei. Im Namen der wahren Vaterlandsliebe müsse man in diesem Augenblick erklären, daß man lieber in Freiheit sterben, denn als Sklave leben wolle. (Starker Beifall.) Hierauf ergriff der Vertreter der Rechtsgruppe, der Abgeordnete Pestalozza, das Wort: „Ich erblicke in Mussolini einen Mann, den uns die Vorsehung gesandt hat." Ein ungeheurer Tumult, der Pestalozza fortzufahren hindert, folgte diesen Worten. Umsonst suchte Don Sturzo selbst, Pestalozza das Weiterreden zu ermöglichen. Die Versammlung tobte wie besessen und schrie dem Redner zu: „Herunter von der Tribüne! Fort! Hinaus!" Endlich gelingt es Don Sturzo, den Sturm etwas zu beschwichtigen mit der Erklärung: „Man darf in dieser Kundgebung des Kongresses nicht etwa eine Respektwidrigkeit gegen den Ministerpräsidenten erblicken, sondern nur einen unwillkürlichen Protest gegen die in Ferrari verkörperte falsch-nationale Gruppe unserer Partei." Schließlich bittet Don Sturzo um Ruhe für Pestalozza, der der Versammlung „Antifaszismus" vorwirft. (Neuer großer Tumult.) Der Präsident ermahnt den Kongreß, hier nicht Sympathie oder Antipathie für den Faszismus zum Ausdruck zu bringen. Der Kongreß gelte einzig und allein der Sache der Popolari-Partei. (Beifall.) Ein neuer Tumult bricht aus, als ein zweiter Redner des rechten Flügels, Tovini, gleichfalls für den Faszismus eintritt.

Der Ausgang des Kongresses mit einem großen Sieg Don Sturzos ruft um so größeres Aufsehen hervor, als man vielfach an eine Spaltung der Partei oder mindestens an eine persönliche Niederlage Don Sturzos und an ein offizielles Masseneinschwenken der Popolari zu dem Faszismus geglaubt hatte. Mussolinis Leibblatt, das „Popolo d'Italia", schreibt hierzu: „Don Sturzo hat sich gegen Mussolini aufgelehnt (!) und die Popolaripartei bereitet sich auf ein mythisches (!) Morgen vor, wo sie die Erbschaft des Faszismus anzutreten hofft. Die demagogischen antinationalen Seuchen wagen sich also in anderer Form und anderer Farbe wieder hervor. Don Sturzo hat keine römische Seele. Er hat die Mentalität eines protestantischen Pastors und ist darum ein gefährlicher, verhängnisvoller Mann."

In der außenpolitischen Sektion des Turiner Kongresses erklärte der Berichterstatter Fürst Ruffo, die Friedensverträge, zumal der Versailler Vertrag, richteten Europa zugrunde. Die Reparationen hingen als Damoklesschwert nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa und selbst Amerika. Ferner protestierte Ruffo scharf gegen die Ruhrbesetzung und sagte: „Die Erfahrung gab den deutschen Bergleuten recht, die nicht durch Bajonette besiegbar sind."

Unsere in Wilmsdorf Ostpr. am 11. April 1923 vollzogene Vermählung beehren wir uns hiermit anzuzeigen.

Max Heider, Reichsbankrat, Gandersheim i. Harz. **Elsbeth Heider,** geb. Kupke, Ostrowo.

Heute früh ist meine gute Frau, unsere geliebte Mutter und Großmutter, Frau

Wilhelmine Behrendt,

geb. Wop*el,

nach langem, schwerem und geduldig getragenen Leiden, im Alter von 64 Jahren in den ewigen Frieden eingegangen.

Um stille Teilnahme bitten

Paul Behrendt,
Margarethe Behrendt,
Robert Styra,
Lotte Styra, geb. Behrendt
und die Enkelkinder.

Original Deering

Getreidemäher

(amerikanisches Fabrikat) [6475

Eckert

Getreidemäher, Grasmäher

offeriert ab **Poznań,** solange Vorrat reicht.

Woldemar Günter,
Landwirtsch. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, ul. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

Dominium Mniszki

pow. Międzychód,
gibt ab:

20 Ztr. engl. Raygras,
150 „ Saatwicken,
20 „ Leinsaat,
100 „ Buchweizen,
100 Schock Deckrohr

sowie

anerkannte Saatkartoffeln.

Angebote erbitte an

Güterdirektor Penke, Nowy dwór,
6662] p. Zbąszyń.

Kaufe

Grubenholz (glatte Ware),

gefällt ab Wald oder frei Station, gegen **schnellste Bezahlung.**

Verkaufe

500 rm. trockene Kloben

u. Rollen i. **Eiche Buche, Rüster** fr. **Waggon Sieraków-Zi. ke.**

Holzhandlung Georg Wilke
Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 2131, gegr. 1904.

---

2 dreijährige, kräftige, hornlose

Ziegenhammel,

grau und weiß, gut eingefahren, **für Kinder,** auch für **Gärtnerei** geeignet, **nebst Kurtgeschirren** preiswert **zu verkaufen.** [6691

Graser, Jaroszewo p. Klecko.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den **Monat Mai 1923**

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

„ROBUR"

G. m. b. H.

Poznań, ul. Dąbrowskiego 78a

Telephon 4015 empfiehlt seine Telephon 4015

Automobil-Werkstätten

modern eingerichtet u. ausgestattet mit allen Errungenschaften der Technik.

Spezialmaschinen für Herstellung u. Reparatur v. Autoteilen u. Zubehör.

Einzige in der Provinz verfügbare hydraulische Presse zum Aufpressen von Massiven.

Reparatur von Automobilen, Motoren, sowie Maschinen aller Art.

Lager sämtlicher Ersats- u. Zubehörteile.

Bezin, Öl u. Fette jederzeit am Lager.

Solide Preise! Fachmännische Bedienung!

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende Werke und Zeitschriften:

Tönnies, Der Zarismus und seine Bundesgenossen 1914. Neue Beiträge zur Kriegsschuldfrage.
Carmen Sylva, Ein Gebet.
Watzlik, O, Böhmen!
Max von List, Das Gespenst an der Weichsel.
Wassermann, Mein Weg als Deutscher und Jude.
v. Brockdorff, Die Abenteuer des Grafen Mellenheim.
Breuer, Alte Heiligenlegenden. Aus dem Kölner Passional vom Jahre 1485. I. II. Teil.
Ridamus, Geist und Witz. Humor und Satire.
Ebertin, Ein Blick in die Zukunft für das Jahr 1923.
Ganghofer, Edelweißkönig. Roman aus dem Hochlande.
Wildenbruch, Eifernde Liebe. Roman.
Bartsch, Der Tramp. Roman.
Vogel, Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen.
Kauffmann, Suggestion und Hypnose.
Jahrbüchlein der Heimatbildung. **Die** Wünschelrute. Ein Merkbüchlein.
Hermann, Deutschlands Recht **auf das linke** Rheinufer.
v. Zobeltitz, Die Entthronten. Roman.
Vobach's Moden Album. Frühjahr und Sommer 1923.
Pleßner, Die Einheit der Sinne.
Zobeltitz, Trösteinsamkeit. Roman.
Paul Simmel — Album.
Berg, Die Nahrungs- und Genußmittel, ihre Zusammensetzung und ihr Einfluß auf die Gesundheit.
Schwertfeger, Ursachen des Zusammenbruchs 1918.
Dr. Bloch, Israel und die Völker nach jüdischer Lehre.
Mieses, Der Ursprung des Judenhasses.
Herzog-Tems, Hühnchen. Roman einer **Liebe.**
Lilienfein, Das trunkene Jahr.

Zeitschriften:

Die Woche. — **Daheim.** — **Velhagen und Klasing's** und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung.** — **Für's Haus.** — **Deutsche Jägerzeitung.** — **Die Gartenlaube.** — **Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung.** — **Elegante Mode** (14tägig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir

direkt an uns

zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Kaufe sofort Industrieanlage

mit schönem **Park, Garten und Grundstück,** oder einen

schönen Grundbesitz 1. Klasse.

Schöne Wohnung Wasser, Möbel, **Nähe von Posen, Bromberg** oder **Grudziądz** bis zum Werte von

500 000 000 poln. Mk. [6694

Adresse: **„Posener Tageblatt"** für **Wolny.**

Achtung!

Deutsche Optanten!

1 zwangswirtschaftsfreies Landhaus

in vornehmstem Vorort Danzigs, bestehend aus 7 Zimmern, Flur, Veranda, Küche, 2 Mädchenzimmern, Waschküche, Keller, massive Garage, Stall und 2 Wohnungen für Chauffeur und Gärtner, Eiskeller, 17 500 Quadratmeter Land, davon 10 000 Quadratmeter Obstgarten u. Park, Wert des ganz. Objekts zirka 20 000 Dollar **ist zu tauschen gegen ein Gut** in Pommerellen oder Posen. Zuzahlung möglich. Angebote unter **6655** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

7 Equipagen

in gutem Zustande sogleich zum Verkauf.

Besichtigung zu jeder Zeit. [6658

Rittergut Jeziorki,
Eisenbahnstation: **Buk.**

Hochherrschaftl.

Wohnung

(Ofenheizung bevorz.)
zu tauschen gesucht
Berlin W m. Poznań.
Off. unt. **B. P. 1884**
an **Reklama Polska,**
Aleje Marcinkowsk. 6.



Suche

für kurzentschlossene Käufer

Häuser und Landwirtschaften

von 20 bis 600 Morgen. Off. mit genauer Beschreibung u. Preis erbittet **Józef Nowak, Poznań, ulica Głogowska 112.** Tel. 6280.

Wir bieten **antiquarisch** in gutem Zustande zum Kauf an:

Wothe, Die aus der Mühle. Roman, geb.
v. Grotthuß, Der Segen der Sünde. Geschichte eines Menschen geb.
Sienkiewicz, Mit Feuer u. Schwert. Historischer Roman, geb.
Wothe, Ragna Svendburg. Roman, geb.
Dumas, 20 Jahre nachher. Fortsetzung von „Die drei Musketiere". Roman. geb.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg,**
Poznań,
ul. Zwierzyniecka 6.

Sommersprossen,
Sonnenbrand, gelbe Flecke, beseitigt unter Garantie

Axela-Crème

½ Dose 7500 M., ¹/₁ Dose 15000 M. **Axelaseife,** 1 St. 4500 M. **J. Gadebusch, Poznan,** Nowa 7

---

1 Original-Konzert-Pianino, 2 Kohlensäure-Flaschen m. Manometer, **1 Selter-Apparat,**

hat gegen Höchstgebot abzugeben **R. Raths, Bojanowo ul. Rawicka 56.** (6-87

Bruteier,

reinrassige weiße Wyandottes, abzugeben. **Raeder, Poznań Sołacz, Podhalańska 2.**

Daselbst ist eine **Zentrifuge** u. eine **Knochenmühle** zu verkaufen.



Billiger und ausgiebiger als Butter und Schweineschmalz ist

„CERES"-Speisefett.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 17. 4., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór",** Oper von Moniuszko.
Mittwoch, den 18. 4., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen",** Oper von Offenbach. Gastspiel: Eva Bandrowska.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski m Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

Am Sonntag, den 22. d. Mts, abends 8 Uhr im grossen Saale des evangel. Vereinshauses

Lieder-Abend

Lore Kornell-Berlin

Eintrittskarten zu 4000 bis 1000 Mark in der Zigarrenhandlung A. Gumnior.



Vom 16. bis 22. April:

Lola Montez

genannt

„Tochter des Satans".

Berüchtigte Abenteuerin des 19. Jahrhunderts und Favoritin des bayrischen Königs Ludwig I.

In der Hauptrolle:

Ellen Richter.

Beginn der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Kino COLOSSEUM
św. Marcin 65.
Vom 16. bis 22. 4.:

Das Geheimnis des Segelschiffes „Santa Marja."

Sensations- und Abenteuerdrama in 6 Akten.

T. Meyling, Poznań, ul. Pocztowa 10 **Tel. 2720,**

Lieferant für Landwirtschaft und Industrie

empfiehlt zu billigsten Tagespreisen:

Mauersteine, Dachsteine, Zement, Kohlen, Drainröhren, [6615
Ia. Steinkohlenteer, Dachpappen, Baustückkalk, Zementrohre usw.

in bester Qualität bei prompter Bedienung.

Dächer

jeder Art werden fachgemäß ausgeführt und instand gesetzt.

G. Benedix,
Aeltestes Spezialgeschäft a. Platze, Towarowa 21a.
Tel. 1837. Gegr. 1869.

Verbandstag der Deutschen Handwerker in Polen.

* Bromberg, 16. April.

Der Verband deutscher Handwerker in Polen hielt gestern im Patzerschen Saale seine Tagung ab, über deren Verlauf wir der „Deutsch. Rundschau" folgende Einzelheiten entnehmen:

Aus dem vom Vorsitzenden Kleinitz-Bromberg erstatteten Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Verband am Schlusse des Jahres 1921 75 Ortsgruppen mit 3041 Mitgliedern, am Schlusse des Jahres 1922 nur 64 Ortsgruppen mit 2407 Mitgliedern umfaßte. Verstorben und ausgewandert sind 634 Mitglieder. Neu gegründet wurden die Ortsgruppen Schmiegel, Punitz und Strelno. Den Kassenbericht erstattete der Verbandskassenführer, Huch-Bromberg. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1922 beliefen sich auf 2 028 370 M., die Gesamtausgaben auf 3 804 096 M., was einen Fehlbetrag von 1 775 726 M. ergibt. Der Vermögensbestand an Bargeld betrug am 31. Dezember 1922 in polnischem Gelde 126 449 M., dazu noch 1965 M. deutsch. Dem Kassenführer wurde Entlastung erteilt.

Der neue Haushaltsplan wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 14 265 000 M. festgesetzt.

Punkt 4 der Tagesordnung, Bildung der Bezirksverbände und Satzungsänderungen, entfesselte eine längere Aussprache. Die Abstimmung ergab 44 Ortsgruppen für die Bildung der Bezirksverbände, womit diese grundsätzlich angenommen war. Der Vertreter aus Lobsens forderte daraufhin den Anschluß an Bromberg, desgleichen Znin und Posen. Nitschenwalde forderte Zurückstellung, um erst in der Ortsgruppe über die Vorschriften der Verbände untereinander Rücksprache zu nehmen. Die Satzungsänderungen als solche sollten auf Antrag des Vorstandes en bloc angenommen werden. Als jedoch über einige Paragraphen sich eine längere Debatte entspann, bat Herr Tschörner-Bromberg, die Sache dem Vorstand zu überlassen, ohne nachträgliche Genehmigung der Hauptversammlung.

Zu Punkt 5, Erhöhung der Beiträge und Eintrittsgelder, bemerkte ein Delegierter, daß Änderungen der Beiträge jederzeit durch die Verbandszeitung bekannt gemacht werden könnten. Schließlich bat Konitz, bei der Bemessung der Beiträge die Roggenwährung zugrunde zu legen; ein anderer Vorschlag empfahl die Dollarwährung. Dem Vorstande wurde daraufhin die Ermächtigung zu seinem Antrage erteilt. Das Eintrittsgeld wurde am 1. April 1923 auf 6000 M. vorgeschlagen.

Punkt 6 betraf die Vorstandswahl. Satzungsgemäß hatte der Vorstand, bestehend aus den Herren Reeck, Witte, Fröhlich und Menning, auszuscheiden. Der Vorschlag auf Wiederwahl des bisherigen Vorstandes wurde in der Generalversammlung angenommen.

Bei Punkt 7, Anträge, wurde zunächst der Antrag Czarnikau zur Beratung gestellt, daß die Delegierten auf Rückerstattung des Reisegeldes verzichten. Jedoch wurden verschiedene Bedenken dagegen laut, und der Antrag schließlich zurückgezogen. Der Delegierte aus Dirschau kam nochmals auf seinen schon vorher geäußerten Antrag zurück, möglichst alle behördlichen Verfügungen nach Übersetzung ins Deutsche in das Verbandsorgan zu bringen. Der Vorsitzende sagte dieses zu, soweit es möglich ist. Jedoch wurden auch hiergegen verschiedene Bedenken laut. Lissa glaubte, daß die Zeitung dadurch zu teuer werden dürfte. Der Zeitungsverleger schloß sich dem an. Die Ausgestaltung des Blattes wäre möglich, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Bei Punkt 8, Verschiedenes, fragte der Vorsitzende, welche Meinung die Anwesenden über die Sprachenverfügung des Wojewoden in Posen hätten. Er bemerkte, daß es doch noch viele Innungen gäbe, die zum großen Teil noch aus Deutschen bestehen, und daß gegen die Verfügung Stellung genommen werden müßte. In der Generalversammlung am Nachmittag wurde dann auch eine Entschließung mit folgendem Wortlaut verlesen und angenommen:

„Gegen die Verfügung Nr. 192 der Wojewodschaft Poznań, welche eine Umgestaltung der Innungsvorstände und Prüfungskommissionen vorsieht, und wonach hinfort nur solche Mitglieder die Innungen leiten dürfen, welche die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen, erheben wir, die heute zu Bydgoszcz anwesenden Vertreter der Ortsgruppen des Verbandes deutscher Handwerker in Polen E. V. der Wojewodschaft Poznań einmütig Protest.

Als Begründung werde angeführt, daß allen Innungen und Prüfungskommissionen der Wojewodschaft Posen sehr viele Mitglieder polnischer Nationalität angehören, die die polnische Sprache noch nicht so weit beherrschen, um der genannten Verfügung entsprechen zu können. Im Interesse des gesamten, schwer um seine Existenz ringenden Handwerks liegt es, obige Verfügung einstweilig erheblich zu mildern und auf einen weiten Zeitraum hinauszuschieben.

Ferner befürchtet der Verband deutscher Handwerker in Polen mit Recht, daß die künftigen Gesellen- und Meisterprüfungen für viele Prüflinge illusorisch werden würden."

Dieser Protest wird nicht an Behörden weitergegeben, sondern lediglich veröffentlicht.

Die Versammlung dankte dann noch dem ausgeschiedenen Syndikus Kinder für seine Arbeit im Verbande.

Wie schon in der Verbandsausschußsitzung am Vormittag, so war auch in der Generalversammlung am Nachmittag Sejmabgeordneter Graebe-Bromberg zugegen und wurde von dem Verbandsvorstand begrüßt. Herr Graebe hielt eine kurze Ansprache, in der er die Tätigkeit der deutschen Fraktion im Sejm und deren Bemühungen zum Wohle des deutschen Handwerkerstandes in Polen behandelte. Es schloß sich daran eine kurze Aussprache, in der Herr Graebe noch einige an ihn gerichtete Anfragen beantwortete. Nachdem noch einige Redner das Wort zur Tagesordnung ergriffen hatten, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. April.

Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung der Preise.

Das Starostwo Grodzkie hat eine Polizeiverordnung über die Art und die Form der Bekanntgabe von Preisverzeichnissen und die Sichtbarmachung der Preise erlassen.

Danach sind die Besitzer von Läden, wie überhaupt jeder Art von Verkaufsunternehmen alltäglicher Gebrauchsartikel verpflichtet, Preisverzeichnisse für alle zum Verkauf bestimmten Artikel alltäglichen Gebrauchs auszuhängen und außerdem die betreffenden Artikel unmittelbar mit Preiszetteln zu versehen. Ferner sind sie verpflichtet den Käufern auf Verlangen eine Rechnung über die verkauften alltäglichen Gebrauchsartikel zu verabfolgen. Sie müssen auch Rechnungen über alle von ihnen gekauften Artikel alltäglichen Gebrauchs besitzen, die sie auf Verlangen der Behörde vorzulegen haben.

Die Ausführungsorgane der Verwaltungsbehörden werden dafür Sorge tragen, daß die angeführten Vorschriften eine genaue und zweckdienliche Beobachtung finden. Das kaufende Publikum sollte dabei im eigensten Interesse den Überwachungsorganen zur Hand gehen, was dadurch geschehen kann, daß es jeden Verstoß gegen die Preisangabebestimmungen, die den Schutz der Verbraucher bezwecken, dem Starostwo bzw. der Polizei meldet.

Feierstunde in der St. Lukaskirche.

Es war, richtiger gesagt, eine Weihestunde. Lag doch eine wunderbar weihevolle Stimmung über der ganzen Veranstaltung, die das Gotteshaus am vergangenen Sonntag bis auf den letzten Platz füllte. Der starke Besuch legte Zeugnis davon ab, daß man innerhalb der Gemeinde den Wert der Gemeindeschwesterstation recht zu würdigen und zu schätzen weiß und ernstlich bestrebt ist, sie auch weiter zu erhalten. Das gleiche Empfinden hatten zweifellos auch die zahlreichen Besucher aus den anderen Gemeinden, die die Notwendigkeit und den inneren Wert einer solchen Station voll anerkannten und durch reiche Opfergaben auch ihrerseits dazu beitragen wollten, daß die Schwesternstation in der Jersitzer St. Lukasgemeinde auch weiterhin ihre segensreiche Tätigkeit ausüben kann. Die einzelnen Darbietungen, wozu sich wohlbekannte Künstler dankenswerterweise zur Verfügung stellten, waren inhaltlich ganz auf den Zweck der Feierstunde abgestimmt.

Mit einem vollendet wiedergegebenen Orgelspiel eröffnete Gymnasialoberlehrer Döring die Vortragsfolge. Konzertmeister Ehrenberg, von Frl. Schultheiß am Harmonium begleitet, erfreute die stattliche Zuhörerschar mit drei feinsinnig und zart empfundenen Violinsoli von Haendel, Beethoven und Corelli, und Direktor Böhmer verschönte die Feierstunde mit seiner herrlichen Baritonstimme durch zwei Lieder, die durch ihren Wohllaut noch lange im Gedächtnis der andächtigen Festgemeinde widerklingen werden. Der Schwesternchor des Diakonissenhauses, der dreimal auftrat, sang so klangvoll und so erhebend, so rein und so klar, daß man die umsichtige Leiterin des Chors zu diesem ausgezeichneten Stimmenmaterial nur beglückwünschen kann. Die abwechslungsweise folgenden Gedichtvorträge und der Vortrag über den Dienst der christlichen Frau an ihrer Gemeinde, die alle in dem einen Gedanken gipfelten: „Sei barmherzig und liebe deine Nächsten" sind beherzigenswerte Ermahnungen, die hoffentlich auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Damit wird der Zweck der Feierstunde auch voll und ganz erfüllt sein.

Die freiwilligen Spenden und die Opfergaben zeitigten ein sehr günstiges Ergebnis, so daß die finanzielle Erhaltung der Gemeindeschwesterstation von St. Lukas auch weiterhin gesichert erscheint. —r—

Ausstellung für Landwirtschaft und Gewerbe.

Die Wielkopolska Izba Rolnicza (Großpolnische Landwirtschaftskammer) veranstaltet bekanntlich gemeinsam mit den Fabrikanten für Handel und Gewerbe Großpolens eine Ausstellung für Landwirtschaft und Gewerbe vom 23. Juni bis 1. Juli 1923 in Posen.

Auf dieser Ausstellung wird das landwirtschaftliche lebende Inventar eine Abteilung für sich bilden. Die Viehausstellung findet am 26. Juni bis 1. Juli statt.

Die Rindviehabteilung zerfällt in nachstehende Klassen: a) Rindvieh: a) 1. Seitens der Herdbuchzüchter des schwarzbunten Niederungsviehs: A. Zuchttiere der Herdbuchherden: Klasse I Bullen im Alter von 1—2 Jahren, Klasse II Bullen im Alter von 2—4 Jahren, Klasse III Bullen im Alter von über 4 Jahren, Klasse IV Kühe in Milch (nach dem 1. März 1923 gekalbt), Klasse V Kühe sichtbar tragend, Klasse VI Färsen sichtbar tragend, Klasse VII Sammlung eines Stalles, Klasse VII a) Bulle mit mindestens zwei Nachkommen, Klasse VII b) Kühe desgleichen. B. Verkaufsklasse: a) Bullen. Klasse I Bullen 12—16 Monate alt, Klasse II Bullen über 16 Monate alt, Klasse III Bullen mit geringem Farbfehler. (Stichtag für die Altersbestimmung ist der 1. Juli 1922.) b) Kühe und Färsen. Klasse IV Kühe, Klasse V Färsen tragend, Klasse VI Färsen nichttragend, Klasse VII Rinder mit geringem Farbfehler. a) 2. Seitens der Rotviehzüchter: A. Zuchttiere der anerkannten Rotviehherden. Klasse I Bullen im Alter von 1—2 Jahren, Klasse II Bullen im Alter von 2—4 Jahren, Klasse III Bullen im Alter von über 4 Jahren, Klasse IV Kühe in Milch (nach dem 1. März 1923 gekalbt), Klasse V Kühe sichtbar tragend, Klasse VI Färsen sichtbar tragend, Klasse VI Sammlungsklasse, Klasse VII a) Sammlung eines Stalles von mindestens drei Rindern, Klasse VII b) Stationsbullen der Wielkopolska Izba Rolnicza und gekörte Bullen von Kleingrundbesitzern nicht anerkannter Herden. a) 3. Ausstellung bäuerlicher Züchter: Klasse I gekörte Bullen ohne Beihilfe der Landwirtschaftskammer, Klasse I a) Bullen mit Kälberzähnen, Klasse I b) Bullen mit 2—6 großen Zähnen bzw. im Schieben begriffen, Klasse I c) Bullen mit 8 großen Zähnen, Klasse II Stationsbullen der Wielkop. Izba Rolnicza, Klasse II a) Bullen mit Kälberzähnen, Klasse II b) Bullen mit 2—6 großen Zähnen, bzw. im Schieben begriffen, Klasse II c) Bullen mit acht großen Zähnen, Klasse III Bullen im Zuge der Klassen I und II, Klasse IV Kühe und Färsen, Klasse IV a) Kühe in Milch (nach dem 1. März 1923 gekalbt), Klasse IV b) Kühe sichtbar tragend, Klasse IV c) Färsen sichtbar tragend, Klasse V Sammlungen eines Stalles von mindestens drei Rindern.

Die Anmeldung zur Viehausstellung ist spätestens bis zum 1. Mai d. Js. an die Tierzuchtabteilung der Wielkopolska Izba Rolnicza, Posen, ul. Mickiewicza 33, einzureichen. Laut Beschluß des Vorstandes der Herdbuchgesellschaft soll der Katalog mit Photographien der besten Stammbullen sowie mit Abstammungstafeln versehen werden. Auch sollen nähere Angaben über Herden und Milchleistung angegeben werden. Die Züchter werden deshalb um Einsendung von Photographien ihrer Stammbullen sowie folgender Angaben gebeten: 1. Flächengröße. 2. Flächengröße der Weiden. 3. Wie lange besteht die Zucht und durch wen gegründet? 4. Seit wann im Besitz jetzigen Besitzers? 5. Gehört die Herde zur Milchkontrolle der Wielkop. Izba Rolnicza? 6. Was für Stammbullen waren in dortiger Herde? 7. In welcher Zuchtrichtung wird die Herde geführt? 8. Werden die Blutlinien berücksichtigt? Das Ausstellungsvieh unterliegt der Besichtigung der Kommission im Stalle. Die Prämiierung findet am 27., die Versteigerung des zum Verkauf gestellten Viehs am 28. Juni 1923 statt.

Die kirchliche Festwoche. Das Programm der kirchlichen Festwoche hat folgende Aenderung erfahren: Freitag ½9 Uhr: Theologische Studiengemeinschaft. (Pfarrer Schwandt-Schönsee: Kirchenbaupläne der Reformation.) Freitag ½11 Uhr: Frauenhilfe; „Was können die leitenden Persönlichkeiten tun, um die Arbeit im Einzelverein zu vertiefen?" (Geschlossene Versammlung.) Freitag 4 Uhr: Theologische Studiengemeinschaft, Religionspädagogische Fachkonferenz.

Der Vortrag von Prof. Dr. Niebergall (Marburg), der am Freitag dieser Woche stattfinden sollte, muß wegen Einreiseschwierigkeiten vorläufig ausfallen. Bereits gelöste Eintrittskarten werden in der Deutschen Bücherei zurückgenommen.

Der deutsche Kreisbauernverein Posen hält Freitag 20. d. Mts., mittags 12 Uhr, im Evangelischen Vereinshause seine Monatssitzung mit folgender Tagesordnung ab: Geschäftliche Mitteilungen, Vortrag über die Rentabilität der Schafhaltung mit Rücksicht auf Pflege und Zuchtrichtung, erläutert durch Lichtbilder, Berichterstatter Rittergutsbesitzer Kujath-Dobbertin.

Kulturfilmvorführung. Auf die heute, Dienstag, abends 8 Uhr stattfindende Vorführung des Filmwerkes „Wunder der Technik" wird hingewiesen. Die Vorführung findet im großen Saal des evangelischen Vereinshauses statt. Eintrittskarten zu 2000 M. sind an der Abendkasse zu haben.

Im Großen Theater gibt Ewa Bandrowska am Mittwoch ein Gastspiel, und zwar tritt sie in „Hoffmanns Erzählungen" auf. Ihre Partner werden die Herren Bedlewicz und Urbanowicz sein. Kapellmeister Herr Bojanowski. Am Freitag wird „Violetta" gegeben. Die Titelrolle spielt Ewa Bandrowska.

Dymitr Smirnow, der seit zwei Jahren die größten Städte Europas bereist, tritt am Sonntag in der Oper „Rigoletto" und am Dienstag in der „Lakmé" auf. Vorverkauf bei Górski, Hotel Monopol.

Kinokunst. Im Kino Colosseum wird in dieser Woche das 6aktige Drama „Das Geheimnis des Segelschiffes Santa Marja" aufgeführt, das alle Besucher durch seine überraschenden Abenteuer und Sensationen in ständiger Spannung hält. Ein Besuch dieses Films kann aufs beste empfohlen werden.

Das Programm für den Empfang des Marschalls Foch in Posen ist folgendermaßen festgelegt worden: Der Marschall Foch trifft am 7. Mai 7½ Uhr früh im Offizierpavillon ein, wo er von den Spitzen der Behörden und einer Ehrenkompagnie begrüßt wird. Darauf begibt er sich durch Spalierketten im Wagen unter dem Geleit einer Ulanenschwadron nach dem Schloß, um sich nach einem dort eingenommenen Frühstück um 9½ Uhr im Kraftwagen nach Biedrusko zu dort abgehaltenen militärischen Übungen zu begeben. Um 1 Uhr mittags ist der Marschall beim General Raszewski zu Gaste. Um 4 Uhr nachmittags kehrt er nach Posen zurück und nimmt im Schlosse Wohnung. Um 7 Uhr gibt der Wojewode zu Ehren des Marschalls ein Diner. Später findet im Thronsaale des Schlosses ein Gesellschaftsabend statt. Am 8. Mai begibt sich der Marschall um 9 Uhr vormittags zu einer Messe nach der goldenen Kapelle im Dom, worauf er dem Kardinal Erzbischof Dr. Dalbor einen Besuch abstattet. Um 11 Uhr vormittags besucht er das Rathaus. Um 11½ Uhr findet ein Umzug statt, an dem sich Truppen, soziale und kulturelle Organisationen, verschiedene Vereinigungen, Schuljugend usw. beteiligen werden. Um 1½ Uhr gibt die Stadt im Rathaus ein Frühstück. Um 5 Uhr nachmittags erfolgt in der Aula der Universität die Überreichung des Ehrendoktordiploms, der um 6 Uhr nachmittags ein Diner im engeren Kreise folgt. Um 7½ Uhr findet im Großen Theater eine Festvorstellung statt.

Eine Aufsehen erregende Verhaftung. Der „Przegląd Poranny" veröffentlicht u. a. folgende Mitteilung: Im Jahre 1920 wurde in der ul. 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) unter der Firma „America-Europe-Exchange-Corporation" eine Bank gegründet, deren Besitzer unter dem Namen Emil de Ryß auftrat. In der Zeit des Bolschewisteneinfalls hatten wir erklärt, daß sich unter diesem Namen ein gewisser Elektrowicz aus Lemberg verberge. Der „Przegląd" erhob auch noch andere Vorwürfe. Schriftleitung des „Pos. Tagebl.".) Nun ist am Sonnabend von der Staatsanwaltschaft gegen de Ryß ein Verhaftungsbefehl ergangen, weil er sich grobe Betrügereien und Malversationen hatte Staatsanwaltschaft gegen de Ryß ein Verhaftungsbefehl ergangen, denn er war schon am 10. April aus Posen abgereist. Die ganze Angelegenheit fand also in einer Haussuchung und einer Bankrevision, bei der die Handelsbücher und Briefschaften beschlagnahmt wurden, ihr Ende.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Geschäft in der ul. Zamkowa 5 (fr. Schloßstr.) nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe drei Kinderanzüge, vier Paar Herrenbeinkleider und drei Sportmützen im Werte von 300 000 M.; aus dem Hausflur der ul. Matejki 2 (fr. Neue Gartenstr.) ein Fahrrad im Werte von 400 000 M.; aus einem Warenlager des Rynek św. Łazarski 4 (fr. Lazarusmarkt) Genußmittel im Werte von 130 000 M.

---

* **Argenau**, 16. April. Am Sonnabend trug sich hier ein bedauernswerter Unglücksfall zu, bei dem der Fabrikbesitzer Anton Tepper auf tragische Weise sein Leben einbüßte. T. war nämlich bei einer Lötmaschine beschäftigt, als diese plötzlich explodierte, wobei ein Teil des in Stücke gerissenen Brennstoffbehälters T. so unglücklich traf, daß er ihm die Schädeldecke abriß, wodurch T. auf der Stelle getötet wurde.

hm. **Buk** 16. April. Eine der ältesten hiesigen Bäckereien, den Gundermannschen Erben gehörig, ist auf die hiesige Zweigstelle der Bäckereigenossenschaft übergegangen, während der bisherige Leiter sich der Landwirtschaft zugewandt hat. — Eine unerhörte Erhöhung des Preises für elektrischen Lichtstrom hat das Korabiowskische Elektrizitätswerk eintreten lassen, indem es für die Pauschalabnehmer für das Brennen einer Lampe ohne Zähler für März auf 21 000 Mark festgesetzt hat. Es wäre doch wohl am Platze, gegen eine derartige Erhöhung der Preise einmal energisch Front zu machen, zumal mitunter tagelang das Werk vollständig versagt und die Einwohner ohne Licht sind! — In der Nacht zum Sonntag wurden durch rohe Burschen bei jüdischen angesehenen Einwohnern mit faustgroßen Feldsteinen die Fenster eingeworfen, wodurch die Betroffenen schwer geschädigt wurden. Die Täter haben sogar die Frechheit gehabt, auf die zum Werfen benutzten Steine noch unflätige Bemerkungen zu schreiben, wie: „Raus mit Euch, für Euch ist es die höchste Zeit" usw.

* **Inowrocław**, 16. April. Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Wohnhause Rybnicka 17, Herrn Lemański gehörig, alarmiert, wo der Dachstuhl des Hinterhauses Feuer gefangen hatte. Ein Zug der Wehr war bald zur Stelle und konnte das Feuer in kurzer Zeit löschen.

= **Lowin, Kreis Schwetz**, 16. April. In der vergangenen Woche fand hier abends im Gasthaus Sydel ein Tanzkränzchen statt, das in eine Schlägerei ausartete. Der Besitzersohn Emil Rieder aus Prust verletzte dabei einen andern derartig, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Täter wurde mit einem andern guten Freunde polizeilich verhaftet.

* **Prust, Kreis Schwetz**, 16. April. In letzter Zeit sind die beiden Ansiedlungsgrundstücke Joseph Steringer von hier und Winkelmann aus Lowin durch Verkauf in polnische Hände übergegangen.

□ **Wongrowitz**, 16. April. Im Orędownik Urzędowy Powiatu Wągrowieckiego Nr. 20 vom 14. d. Mts. wird folgendes bekanntgegeben: Für die in der Zeit vom 23. Juni bis zum 1. Juli 1923 vorgesehene Pferde-Ausstellung in Posen (siehe Zentral Wochenblatt Nr. 12, Spalte 35) ist für die Kreise Wongrowitz, Żnin und Schubin eine Kommission, bestehend aus den Landschaftsräten Z. Chłapowski aus Stawian und Szulczewski—Slupowo, gebildet worden, die ihrerseits für die von den Landwirten für die Ausstellung angebotenen Pferde folgende Musterungstermine festsetzt: Im Kreise Wongrowitz: in Kirchen Popowo am 20. April, 9 Uhr vorm.; in Wongrowitz (Viehmarkt) am 20. April, 12 Uhr mittags. Im Kreise Żnin: in Znin (auf dem Platze an der Zuckerfabrik) am 20. April, 4 Uhr nachm. Im Kreise Schubin: in Exin (Marktplatz) am 21. April, 9 Uhr vorm., in Schubin (Marktplatz) am 31. April, 12 Uhr mittags, in Labischin (Marktplatz) am 21. April, 3 Uhr nachmittags.



Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Danzig und der polnische Holzmarkt.** Nach einer Meldung des „Kurj. Por." hat die Nachfrage nach polnischem Holz im Auslande sehr nachgelassen. Der Hauptgrund ist die fast völlige Unterbindung der polnischen Holzausfuhr durch deutsches Gebiet infolge der Ruhebesetzung. Der einzige Holzabnehmer sei jetzt die Schweiz, da die Ausfuhr nach Holland und England wegen angeblicher Überfüllung des Danziger Hafens nicht fortgesetzt werden könne. Aus diesem Grunde hätten bereits zahlreiche Transaktionen eingestellt werden müssen. Die riesigen Materiallieferungen für Frankreich und Belgien würden jetzt von Schweden und Norwegen gedeckt. Wenn das nordische Holz auch bedeutend teurer sei, so winke doch den Käufern eine größere Sicherheit hinsichtlich der Einhaltung der Lieferungsfrist und die größere Zuverlässigkeit in bezug auf die geforderten Dimensionen und der Güte der Ware. Dazu komme, daß die Holzausfuhr aus Finnland nach Frankreich lebhafter geworden ist, da der Schiffstransport von dort kürzere Zeit beansprucht als die von Polen über den Danziger Hafen. Neuerdings betone das Ausland stärker als bisher seinen Bedarf an edleren Holzarten. Für Bauholz dagegen sei zurzeit nur geringer Absatz.

Von den Landesmärkten.

(Ohne Gewähr.)

≠ **Holz.** Die Transaktionen auf den Holzmärkten sind ruhiger Natur. Der Warschauer Holzkurs vom 12. April nennt folgende Preise (alle Preise verstehen sich für den Kubikmeter in 1000 Mark, franko Verladestation): Fichte und Tanne 185, Kiefer 170, Eiche I. 320, II. 270. Schleifholz für Papierfabrikation: Fichte 80, Sägeholz: Fichte und Tanne 280, Kiefer 280, Eiche I. 450, II. 350, Kantholz: Fichte und Tanne 200, Kiefer 250. In Wilna wird für Exportholz zu Bauzwecken bezahlt 20 bis 30 Zentimeter 18 bis 20 Schilling für den Festmeter, 30 Zentimeter 20 bis 25 Schilling. Schleifholz zur Papierfabrikation 18 bis 22 Dollar für das Kubikklafter. Espe zur Streichholzfabrikation 28 Schilling, Erle 24 Schilling, Birke 1 holländischer Gulden pro Stück. Schwellenholz 3½ Schilling pro Stück. Sleepers 6 Schilling. 9- bis 11zöllige Bretter 10½ Gulden. Hartholz zum Brennen 500 für das Klafter, Weichholz 450. Bei allen Hölzern läßt sich fallende Tendenz beobachten, zum Teil in der Höhe von 25 Prozent im Vergleich zu den Preisen, die vor zwei Monaten herrschten. Eine weitere Abwärtsbewegung der Preise wird erwartet.

Holzpräparate. In Warschau wird gezahlt: Für 1 Kilo reinen Methylalkohol, loko Fabrik (99 bis 100proz.) 14 000 M. Holzspiritus 90proz. 1000. Essigsaures Kalcium 80proz. 3000. Holzkohle aus Hartholz zu technischen und metallurgischen Zwecken 500. Roher, schwerer Holzteer 500, leichter Holzteer 1000.

Auf dem **Pferdemarkt in Krakau wurden bezahlt:** für Luxuspferde pro Paar 10 bis 12 Millionen, Arbeitspferde 8 bis 10 Millionen. Kleinere Arbeitspferde 7 bis 8 Millionen. Bauernpferde 6 bis 7 Millionen. Schlachtpferde etwa 1 Million für das Stück. Die Tendenz auf dem Pferdemarkt ist ruhig. Zu Käufen kommt es nicht oder nur selten des Bargeldmangels wegen. Trotzdem ist es schwer, Verkäufer zu finden.

Der Bromberger **Fleischmarkt** notiert folgende Großhandelspreise pro Kilo loko Bromberg: Rindfleisch 1. Kl. 8000 bis 9600, 2. Kl. 7200 bis 7600, Kalbfleisch 1. Kl. 6800 bis 7000, 2. Kl. 5800, Schweinefleisch 1. Kl. 12 000 bis 12 400, 2. Kl. 11 000, Hammelfleisch 1. Kl. 8000 bis 8600.

Der Fettmarkt nennt folgende Preise: Kokosöl loko Danzig 58 holländische Gulden. Leinöl 58 holländische Gulden, Pflanzenfett 5200, Knochenleim 4000 bis 4500. In Warschau wird für das Kilo loko Lager in Fässerladungen zu 160 Kilo gehandelt. Gerböl 4000, Bohrmaschinenöl 3750, Tovotfett 3250.

Auf dem **Wollmarkt** in Posen zahlte man an den Lieferanten für Wolle 1. Kl. 980—1000, 2. Kl. 1000—1103, 3. Kl. 1035 bis 1050. Im Verkauf stand die Ware 1. Kl. mit 1030 bis 1050, 2. Kl. 1050—1080, 3. Kl. 1050—1100. (Alle Angaben verstehen sich für 1000 Polenmark.) Die Tendenz ist schwach, der Geldknappheit wegen.

♂ **Baumaterial.** In Warschau wurden gezahlt: Chamotteziegel 650 pro Kilogr., gewöhnliche Glasur 85 000 pro Meter, gemusterte mit metallischem Glanz 100 000, Täfelung einfarbig, glatt, matt I. 65 000—75 000, II. 55 000—65 000, III. 42 000—48 000. Farbig 90 000—100 000, Friese von 16 000—20 000 pro Meter. — In Wilna (in 1000 Mark poln.) gegossene Kanalisationsrohre 4—4,42 pro Kilgr. Portlandzement 64—65 pro 100 Kilogr. loko Verladestation, Kalk 0,375—0,380 pro Kilogr., Gips 0,45—0,46, Preßziegeln 0,65—0,66 pro Stück, gewöhnliche Ziegel 0,375—0,400, feuerfeste Ziegeln 1,5—1,6; Dachpappe „000" 47—48 pro Meter 1×7, — „00" 40—42 pro Meter.

Lederpreise. In Krakau wurden gezahlt: Rindleder frisch, leicht 8585, schwer 8585, Kalbsleder frisch 39 000—40 000, bestes Juchtenleder 39 000—46 000, Juchtenleder, geringere Ware, 33 000, Sohlenleder 37 000—39 000, Boxkalf 10 500—13 000, Chevreaux 10 500—11 500. Tendenz bewegt. Angebot und Nachfrage decken sich. Fertigleder sind um 15 Prozent pro Kilogramm teurer.

Von den ausländischen Märkten.

Auf dem Berliner Metallmarkt wurde gehandelt: Elektrolytkupfer 8110, 99 bis 99,3prozentiges Kupfer 7050—7100. Hüttenweichblei 2700—2750. Hüttenrohzink 3400—3450. Originalhüttenaluminium 98 bis 99proz. in Blocks, Stäben, gewalzt und gezogen, £252. Zinn 22 000—22 300. Reinnickel 98—99proz. 11 500 bis 12 000. Antimon 2650 bis 2750. Silber in Stäben (ca. 900) 425 000—426 000

Petroleum. In Neuyork wurde gezahlt für ein Galon (2,85 Kilo) Petroleum in Zisternen 16,50, in Tanks 7,00, Stand. White 13,50, Credit Bal. 4,00.

Fette. In Neuyork wurde für Schmalz gezahlt: 15,52, Talg 9,25, Baumwollöl loko 11,90, Lieferung Juli 11,86.

Alle Bewegungen auf den Märkten zeigen zum Teil fallende, zum Teil abwartende Tendenz. Eine Klärung ist vorläufig nicht zu erwarten.

Die Börse in Wien eröffnete in ruhiger Haltung, doch gestaltete sich der Verkehr bald wieder sehr umfangreich und lebhaft. Die Belebung ging von den Bankwerten aus infolge der bisher veröffentlichten Bankbilanzen. Große Privataufträge und fortgesetzte Käufe seitens des Auslandes sowie lokale Prager Deckungen riefen eine stürmische Aufwärtsbewegung hervor, von der besonders Kreditaktien und Unionbahnaktien in hervorragender Weise Nutzen zogen. Auch im Schranken standen Bankaktien im Vordergrunde des Interesses, während sich sonst vorwiegend Realisationsbestrebungen geltend machten.

Generalversammlungen.

⊙ **Wielkopolska Hurtownia Szkła T. A.** (Großpolnische Glasgroßhandlung) in Posen bestellt die Generalversammlung der Aktionäre auf Mittwoch den 25. April um 11³⁰ vorm. im Saale der Bank Przemysłowców (Alter Markt).

⊙ **Hurtownia Związkowa T. A.** in Posen hat das Grundkapital durch eine neue Emission erhöht. Alle bisherigen Aktionäre erhalten auf jede alte Aktie zwei junge zum Kurse von 175 v. H. und eine Freiaktie. Außerdem 20 v. H. in bar.

⊙ **Materjał Budowlany T. A.** in Posen bestellt die Generalversammlung der Aktionäre auf den 19. April um 5 Uhr nachmittags im Lokal der „Bauhütte", Sew. Mielżynskiego 23.

⊙ **„Hurtownia Skór" T. A.** Posen beruft die Generalversammlung der Aktionäre auf den 24. April um 10 Uhr vormittags im Saale des Theater „Apollo", Posen. Piekary 17. (Kapitalserhöhung auf 100 Millionen u. a.)

⊙ **„Fogtan"**, Fabrik für galvanische Elemente T. A in Posen bestellt die Aktionäre zur Generalversammlung am 24. April, vormittags 11 Uhr, in die Geschäftsräume der Gesellschaft, ul. Wenecjanska 5.

⊙ **„Venetia" T. A., Posen** bestellt ihre Aktionäre zur Generalversammlung am 24. April, abends 7 Uhr, in die Geschäftsräume der Fabrik, ulica Dąbrowskiego 97. (Erhöhung des Grundkapitals auf 30 Millionen, Wahl des Aufsichtsrates. Stimmrecht haben nur die Aktionäre, die ihre Aktien spätestens drei Tage vor der Versammlung, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft oder bei einem Notar hinterlegt haben.)

⊙ **„Browar Krotoszyński T. A."** (Krotoschiner Brauerei) bestellt ihre Aktionäre zur Generalversammlung am 20. April, nachm. 5 Uhr, in die Bank Związvu Spółek Zarobkowych, Plac Wolności 15. (Kapitalserhöhung u. a.)

≠ **Die P. K. K. P.** zahlte für Goldmünzen: Rubel 19 873, deutsche Mark 9202, Dollar 38 640, Pfund Sterling 188 014, skand. Krone 10 352, holl. Gulden 15 529, türk. Pfund 169 468, österr. Dukaten 88 380, belg. und holl. 88 174, Feingold für das Gramm 25 677. Silberwert unverändert bis auf Widerruf.

Offizielle Warschauer Börse vom 16. April.

Devisen:

Belgien	2515, 2510,	Paris . .	2900,
Berlin	2.05. 2.00.	Prag . .	1300, 1290,
Danzig	2.05. 2.00.	Schweiz .	7985. 7960,
London	200 000. 202 000, 200 750,	Wien .	61. 60¾,
Neuyork	43 250, 42 900,	Italien .	2200,
		Holland . . .	17 000.

Danziger Mittagskurse vom 17. April.

Die polnische Mark in Danzig .... 49—49⅛

Der Dollar in Danzig .... 21 300—21 350

Berliner Börsenbericht

vom 16. April.

Disk.-Komm.-Anleihe .	20 000.—	Polnische Noten	50.—
Danz. Priv.-Aktienbank	12 400.—	Auszahlung Holland . .	8 270 —
Hartmann Masch.-Aktien	20 000.—	„ London . .	98 125.—
Phönix	67 000.—	„ Neuyork . .	21 150.—
Schuckert	45 400.—	„ Paris . . .	1 410.—
Hapag	45 500.—	„ Schweiz . .	3 845.—
3½% Pos. Pfandbriefe .	1[illegible]0.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau .	49.50		

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	13. April	16. April
Bankaktien:		
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk I.-IV.	—.—	750
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	6000—6400	6400
Bank Przemysłowców I. Em. . .	1330—2100—1900	2300-2600-2400
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	5000—4700	5500—6000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	1800	2000-2400-2350
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em. .	750—800	1000-1700-1650
Bank Młynarzy	—.—	500
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Zukaufsr.)	2300—2400	2500—2700
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	700	—.—
R. Barcikowski I.—IV. Em. . . .	1300	1600—1550
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	17 000	18 000—19 500
H. Cegielski I.—VIII. Em.	12 500—13 000	20 000—19 000—19 500
Centrala Rolników I.—V. Em. . .	1300	1400—1450
Centrala Skór I.—IV. Em. . . .	2800—3100	3250-3500-3300
Cukrownia Zduny I. Em.	80 000	—.—
Garbarnia Barowa I. Em.	—.—	1500
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1600—1800—1750	1700-2000-1750
Hartwig Kantorowicz I. Em. . .	7500—8000	8000—9000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—.—	325
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . .	5500—5800—5600	6000-6800-6700
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	1100	—.—
Juno I. Em.	1300	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	55 000	60 000—75 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	25 000—27 500—27 000	28 000—30 000—28 500
Młyn Ziemiański I. Em.	2400-2300-2350	2750—2400
S. Pendowski I. Em.	2800—3000	3900—3500
Płótno I.—II. Em.	2200	2300—2500
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	2100—2000	—.—
Patria I.—VIII. Em.	1350	1500—1900
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	6800-7000-6875	7500-8000-7700
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	3800	3800
Spółka Stolarska I.—II. Em. . .	—.—	5250—4500
Sarmatia I.—II. Em.	3000	3000—3500
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em. .	1800—1700	—.—
Tkanina I.—IV. Em.	—.—	1600
Tri I.—III. Em.	1500	1500—1600
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	7500—8250	9000—8600
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	3700	3800-4000-3850
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	20 000	20 000—21 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	1350—1100	1500-2000-1600
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn I. Em.	1700—1800	1800
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em. (exkl. Kupon)	5150—5200	5500

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 207—206. Dollar der Vereinigt. Staaten 42 800—43 000. Schweiz. Franks 8100. Pfund Sterling 205 000. Holl. Gulden 16 800.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

H. Gr. in J. 1. Wir halten das nach Ihrer Darstellung der Sache für ausgeschlossen. 2. Da Sie in Ihrem eigenen Interesse gearbeitet haben, nein.

W. Pf. in O. Sie können Ihr Eigentum Ihrem Bruder verschreiben oder verpachten und brauchen die Liquidation nicht zu befürchten. Im Falle des Verkaufs würden Sie die Emigrantensteuer zu bezahlen haben. Ihr Barvermögen dürfen Sie nur nach eingeholter Genehmigung, die Ihnen jedoch zweifellos erteilt wird, mitnehmen. Dagegen dürfen Sie die Wäsche ohne weiteres mitnehmen. Erforderlich ist das amerikanische Visum. Das amerikanische und das englische Konsulat befinden sich in Warschau.

A. B. in O. 1. Diese Frage können wir Ihnen beim besten Willen nicht beantworten. 2. Durch ein Gesuch an die Wojewodschaft. Die Auskunft über die erforderlichen Papiere erhalten Sie bei Ihrem Starosten. 3. Nein. 4. Unter allen Umständen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Auf die heute stattfindende Vorführung des Films **Lola Montez** möchten wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen. (Näheres siehe Anzeige.)

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: i. V.: Robert Styra; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

